

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst sowie Frauenwelt und Jugend einschließlich Beleglohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6spaltige Zeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 142.

Dresden, Mittwoch den 24. Juni 1914.

25. Jahrg.

Der Döhlemer Formier- und Sicherkeitskreis wurde erfolgreich beendet.

In Berlin und Dresden erfolgten Verhandlungen in einer Landesvertragsaffäre.

In Paris kam es zu einem Zusammenstoß zwischen Freispartnern und der Polizei.

In Andalusien streiten 9000 Landarbeiter.

Die Verhandlungen in Niagara Falls wurden vertagt.

Die Versuche, die Empress of Ireland zu bergen, mußten aufgegeben werden.

In der hinesischen Provinz Kwantung sollen 10 000 Menschen extrahiert sein.

Rundgebung für Sozialpolitik.

München, 23. Juni.

Die Diensttagung des Kongresses wurde zu einer großen Rundgebung gegen den Stillstand der Sozialreform. Das ließ die vorgesehene Tagesordnung eigentlich gar nicht voraussagen. Es war das Verdienst des Genossen Robert Schmidt, der seinen Bericht über die sozialpolitische Abteilung der Generalkommission zu einer großartigen, mit einer Fülle Tatsachenmaterials ausgestatteten Uebersicht des gesamten Gebietes der Sozialreform ausgestaltete. Nach den erfolgreichen Vorlesungen der Arbeiterklasse gegen jeden Fortschritt der Sozialreform wurde der Bericht des Genossen Schmidt nur zu einer großen Anklage gegen das verkehrte Treiben der herrschenden Gewalten gegen die fundamentalsten Lebensinteressen der von ihnen Ausgebeuteten und gegen die Raubgierigkeit der Vorkriegs- und der Kriegszeit. Es gelang dem Berichterstatter, die Delegierten — alles Männer der Praxis, denen die behandelte Materie selbst meist sehr vertraut ist — 1 1/2 Stunden lang zu fesseln und zu stürmischen Beifall hinzureißen.

Schmidt begann mit der Feststellung, daß durch das gesetzgeberische Vorgehen des Bundes der früheren Reichsregierung auf dem Gebiete der Sozialpolitik verlorene gegangen ist. Außer Frankreich und der Schweiz hat besonders England unter der liberalen Ära mit Unterstützung der englischen Arbeiterpartei große gesetzgeberische Taten in der Arbeiterversicherung gegen den Widerstand der Reaktion durchgeführt. Dann legte der Redner die Leidbrüder der jetzt in Deutschland herrschenden sozialpolitischen Feindschaft dar. Er schilderte den glänzenden Aufstieg der deutschen Industrie, veranschaulichte den durch die Arbeiter erzeugten fabelhaften Reichtum einer verhältnismäßig kleinen Gruppe und die rührerischen Gelüste des modernen Kapitalismus, die zu bekämpfen eine wahrhaft nationale Sache sei. Dem Zusammenstoß des Unternehmertums und der großen Vermögen gegenüber sei die Zersplitterung der Arbeiter nach politischen und religiösen Anschauungen beim Ringen um ihre wirtschaftlichen Interessen eine bedauerliche Tatsache. Dem müsse entgegengetrieben werden durch eine Verständigung und ein gemeinsames Vorgehen bei bestimmten Aktionen zwischen den sonst auseinanderstrebenden Organisationen der Arbeiter. Der Redner ließ weiter Redner passieren die Sünden des Unter-

nehmertums und der Gesetzgebung auf dem Gebiete der mühseligen Berufskrankheiten, der Tuberkulosebekämpfung, der Wohnungsreform, der geringen Abund von Uebertretungen der Arbeiterschutzgesetze durch Unternehmer im Gegensatz zu den Bestrafungen wegen Koalitionsvergehen, wenn es sich um Arbeiter handelt. Besonders eindringlich legte der Redner das Elend der Heimarbeiterschutzgesetzgebung dar und schloß mit der Feststellung, daß gegen die schreienden Zustände und den unheilvollen Einfluß des isolierten Unternehmertums durch die Arbeiter wohl erfolgreich anzukämpfen sei, und zwar nicht durch Aktionen, die durch tönende Worte angefündigt zu werden pflegen, sondern durch ernste, still abwägende Arbeit und nachhaltige Durchsetzung des Erreichbaren. Dazu allerdings brauchen die Gewerkschaften die weitestehende Bewegungsfreiheit.

Dieser wirksamen Anklage gegen das Elend der offiziellen Sozialreform war vorausgegangen der Bericht über das Arbeiterinnensekretariat der Generalkommission. Genossin Hanna ergänzte ihren schriftlichen Bericht besonders durch die eingehende Darlegung der Gefahren, die den Arbeiterinnen durch die jetzt betriebene handwerkmäßige Ausbildung der weiblichen Arbeiter drohen. Dadurch würden aus den bisherigen weiblichen Hilfskräften qualifizierte, die, wenn sie nicht organisiert sind, sehr gefährliche Konkurrenten der Arbeiterinnen werden. Deshalb sei der Organisation der Arbeiterinnen in Zukunft die allergrößte Beachtung zu schenken. Der Kongress drückte seine besondere Anerkennung für die gute und fleißige Arbeit des Arbeiterinnensekretariats aus.

In der Diskussion zu dem Bericht der sozialpolitischen Abteilung ergänzte unter anderem besonders Genosse Bauer die großen Mängel der Reichsversicherung, während Genosse Sabath die Mängel der Heimarbeiterschutzgesetzgebung. Ferner wurde die Herausgabe geeigneten Materials über sozialpolitische Fragen durch die sozialpolitische Abteilung genehmigt. Bei der Abstimmung wurde die Resolution des Genossen Schmidt, die er seinen Ausführungen zugrunde gelegt hatte, einstimmig angenommen. Ein Antrag auf Herausgabe einer besonderen Korrespondenz wurde der Konferenz der Verbandsvorstände überlassen. Angenommen wurde eine Resolution Bauer über die zu fordernden Abänderungen der Reichsversicherung, insbesondere zur Krankenversicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden, und eine Resolution zum Heimarbeiterschutz überhaupt.

Eine wirksame Ergänzung der Stellungnahme des Kongresses zu dem Stillstand der Sozialreform bildete der Bericht des Genossen Wiffell über das Zentral-Arbeitersekretariat. Die Rechtspflege der Arbeiterversicherungsorgane wurde einer sachverständigen und scharfen Kritik unterzogen und es wurde dem Wunsch lebhafter Ausdruck gegeben, daß das Interesse der beteiligten Arbeiter selbst immer mehr gefördert wird, vor allem bei den Wahlen der Vertreter in die Versicherungskörperschaften.

Bei Behandlung der Anträge zu der Frage der Genossenschaft kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen. Verschiedene Anträge verlangen, daß die Arbeitsvermittlung und die Befragung offener Stellen in genossenschaftlichen Betrieben nicht das Vorrecht einzelner Organisationen sein solle. Trotz der entschiedenen Warnung vor Annahme dieser Anträge durch den Genossen Bauer und die Verteilung des Transportarbeiterverbandes wurden die Anträge angenommen, jedoch vom Vorsitzenden unter Zu-

stimmung des Kongresses dahin deklariert, daß vor allem der Transportarbeiterverband im Sinne der von seinen Vertretern geäußerten Auffassung verfahren und bei der Befragung von Stellen in Genossenschaften Rücksicht auf die Interessen der übrigen Arbeitergruppen nehmen soll. Der Generalkommission wurde einstimmig Entlastung erteilt. Dann trat der Kongress in die Beratung des Regulativs für das Zusammenwirken der Gewerkschaften ein.

Trinkspruch des Kaisers.

Bei dem Regattadiner in Brunsbüttel erwiderte der Kaiser auf eine Ansprache des Bürgermeisters Dr. Schröder mit einem Trinkspruch. Er sprach von der Bedeutung der Sportveranstaltungen und den Fortschritten des Schiffbaues. Schließlich kam er auf das jüngst gekaufte Schiff „Bismarck“ zu sprechen und beendete den Trinkspruch mit folgendem Satz:

„Wir müssen in der Lage sein, eines der besten Worte, das der eiserne Kanzler je geprägt hat, tatsächlich auf uns zu übertragen und auszuführen, das heißt, wir müssen so leben und handeln, daß wir allezeit mit ihm sagen können: Wir Deutschen fürchten Gott und sonst absolut nichts und niemanden auf dieser Welt!“

Der Kaiser hat den oft gebrauchten Satz durch ein besonders herrliches „absolut“ noch verstärkt. Seine Umgebung hat dazu stürmisch Bravo geschrien.

Wie paßt aber, so könnte ein böser Rörgler fragen, zu dieser absoluten Furchtlosigkeit der Regattaeifrigen der gegenwärtige Regierungskurs im Deutschen Reich? Ist es ein Zeichen der absoluten Furchtlosigkeit vor nicht einem, die der Kaiser wünscht, wenn tausend Menschen jeden Tag nichts Besseres zu tun wissen, als auf kleinliche Befolgungen der Arbeiterbewegung, der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften, der Jugendvereine zu sinnen?

Wenn die Angst der herrschenden Kreise vor der Sozialdemokratie so groß ist, daß man nach Sammelpolitik aller Parteien launert und zahllose Staatsanwälte in Bewegung setzt, dann klingt der Trinkspruch von Brunsbüttel doch gar komisch!

Ministerhetze.

Den achtverhülligen Beamtabaffen ist jeder Tag verloren, an dem sie nicht ihren Grimm gegen die verrückten Sozialdemokraten und ihre Geldreier nach neuen Gewalttaten ausschütten. Und wenn sie sich ohnmächtig sehen, etwas gegen die rote Rote auszurichten, so richtet sich ihre verbissene Wut gegen ihre ministeriellen Angestellten, weil sie ihre Schuldigkeit gegen die Sozialdemokratie nicht genügend getan haben sollen. Eigentümlich muß der Sozialdemokratie je eher je besser mit Anbetelehen der Mund geschloffen werden. Wenigstens aber müssen die ministeriellen Handlanger, die ihre Sache nicht richtig anfangen, fortgejagt werden.

Vor einigen Tagen ließ es, der viermonatige Urlaub des Staatssekretärs Delbrück werde nur die Vorbereitung für den endgültigen Abschied sein; dem Delbrücks sanfte Konart passe nicht in den kräftigen Kurs, der nunmehr gegen die Sozialdemokratie eingeleitet werden solle. Freilich, die

Tschun.

Nicht von Tschun dem Sühnebringer und letzten Kaiser der Mandchurien ist hier die Rede. Nicht von Tschun, der das politische Schlagwortregierter um den beliebigen Ausdruck „Kotau“ bezeichnete, sondern Tschun war ein schmutziger kleiner hinesischer Junge. Er war nicht schmutziger als andere kleine hinesische Jungen. Er war im Gegenteil etwas reiner. Denn Tschuns Mutter war Christin. Und Christentum bedeutet in China unter anderem auch gegenseitiges Wohlwollen. Tschun ist der Held eines Romans von Elisabeth von Sienkiewicz, er ist zugleich das Symbol des hinesischen Volkes.

Dieser Roman ist ein politisches Buch; er erzählt ein Stück Geschichte des Reiches der Mitte. Er ist ein Bekenntnis einer klugen skeptischen Frau, die das hinesische Volk in all seinen Schichten kennt, versteht und liebt, einer Frau, die auch die europäische Diplomatie aus eigener nächster Anschauung schildert und all die schönen Phrasen durchschaut, mit denen die europäische Raubpolitik so gern trapiert.

Die Geschichte des Knaben Tschun, des Züglings der katholischen Mission, des Bekehrten beim Onkel Wismacher Pang lung spiegelt die Wandlungen Chinas in den verhängnisvollen Jahren um die Jahrhundertwende. Jene ereignisreiche Zeit erscheint und noch anderthalb Jahrzehnte bereits als „Geschichte“. Wir erkennen in ihr nur das Vorpiel zur großen hinesischen Revolution. Diese ungeheure Umwälzung wird aber erst völlig verständlich als Fortsetzung der Reformen Kwang zu weiß, als Reaktion gegen die gescheiterte Bewegung und die Demütigung Chinas durch die fremden Mächte.

* Tschun, eine Geschichte aus dem Vorfrühling Chinas von Elisabeth v. Sienkiewicz. Berlin 1914. 100 S. u. 20. Preis gebunden 3 Mk.

Die geschichtlichen Ereignisse sind in dem Roman wahrheitsgetreu dargestellt, sogar die Namen der hinesischen Großwürdenträger stimmen. Trotz historischer Freiheit hat die Autorin alle wichtigen politischen Geschehnisse genau berichtet. Die Umwälzungen sind erzieht und gespiegelt vom Bewußtsein eines hinesischen Volkes, durch den nur zu oft die Verfasserin selbst spricht, was literarisch ein Nachteil ist, das politische Interesse am Buch aber erhöht.

Tschun wächst auf im Schatten der weißen katholischen Kathedrale Petrus, er lernt in der Missionschule hinesische Schrift und wird vom alten hingen Bischof eingeweiht. Mit leiser Ironie zeichnet die Verfasserin die katholische Missionstätigkeit, die Kulturarbeit der Nonnen mit ihren guten und schlechten Seiten, die hilflos blickende Schwester Apollonin und die fleißigen kleinen Chinesenmädchen. Diese Schülerinnen der Schwestern sind nicht nur Altkatholen zur Ehre Gottes, sondern auch Bestreiter für die Damen der Gesellschaften gegen gute Bezahlung. Denn, Christentum ist eben eine Geschäftssache, zuweilen auch Geldsache. Für Tschun war es damals noch Geschäftssache, er glaubte an all die schönen guten Worte der Prediger und an die Ueberlegenheit der Fremden.

Die Sehnsucht nach dieser fremden Welt steigert sich in der Lehre beim Onkel Wismacher. Bei der Kaiserzeit am den Füllertrog in der hinesischen Großfamilie gibt Tschun den Frühlingsglocken ab. Er entwirft, fälschlich des Diebstahls beschuldigt, zur Taitai (Mutter) in eine Gefangenschaft. Er wird der Waise der Taitai und weilt Jahre unter den Fremden.

Mit tödlicher Ironie entwirft die Verfasserin ein Bild des Lebens im hinesischen Gesellschaftsleben der Damen, bei denen jede Stunde ihren Köpfen hat, das ewige Rätsel der Diplomaten und der Kongressbesucher, die Weltstimmung dieser „Chinesinnen“, die von Profitgier geblendet, die wichtigsten inneren Umwälzungen im Reich nicht sehen, werden von Tschun beschrieben. Der Träger einer uralten differenzierbaren Kultur, ausgebildet in einer organisierten, abgestuften Gesellschaft, hat nur ein überlegenes Lächeln

für das kostige Treiben und die formlose Lebensführung dieser Fremden, die nicht „die dreitausend Regeln der Höflichkeit“ beachten. Er hat wahrlich mehr Grund zur Ueberhebung als die gebildeten Europäer, die von China nur die Kuriositäten kennen, und bestenfalls, wie der eine Gesandte, nur zwei Marotten haben: Antliche Würde und grünen Nephrit.

Trotzdem glaubt Tschun immer noch an die Güte und Treue der Fremden. Die meisten Leute, wie der greise Großonkel Lin te, fanden freilich, daß China den Fremden schon viel zu viel zugestanden hätte. Doch die Kaiserzeit (Gehandlen) sagten, daß das alles ja gerade zum Besten Chinas selbst führen würde, daß sich in einem beklagenswerten Zustand der Rückständigkeit befände. Es solle ja durch die Eisenbahnen erhalten, mit denen man so rasch wie der Wind von einem Ende des Landes zum anderen fahren und Proviant in diejenigen Provinzen bringen könne, wo gerade die alljährlichen Hungersnöte herrschten. Tschun aber dachte, ich hatte doch recht, diese Fremden sind weitaus bessere Menschen; ihre Priester haben uns den wirklichen lieben Gott gebracht, und diese weltlichen Herren wollen und nun auch noch all die übrigen guten Dinge bringen.

In Gesprächen der Verwandten Tschuns werden die verschiedenen Strömungen am Kaiserhof, unter den Literaten und dem Volke geschildert: Der Kampf der reformerischen Literaten mit den konservativen Mandarinen und der steigende Einfluß des Reformators Kwang zu weiß auf den jungen Kaiser Kwang Hsi, die kurze Herrschaft der sich überkühnenden Reformkräfte, die durch einen Staatsstreich des „alten Kubak“ der Kaiserin-Witwe ein jähes Ende findet. Ein Theaterfest im Sommerpalast der Kaiserin, bei dem Tschun als Statist mitwirkt, gibt ein farbenprächtiges Bild altchinesischer Kultur. Das Fest wird unterbrochen durch die Ankunft Jung Lu, der die Kaiserin vom geplanten Staatsstreich des Kaisers und der Reformen unterrichtet. Die energische Tzu Hsi paßiert den Hieb, läßt den Kaiser gefangen setzen und die gefangenen Reformen freisetzen. Die Schwelgerei dieses Staatsstreichs und der

Die Mittagsgöttin

nicht uninteressant die Geschichte als eine

Meldung wurde bestritten. Aber in weiten Kreisen wird geglaubt, daß mindestens starke Treibereien am Werke sind, um solch ein Ziel zu erreichen. Nach Delbrück soll es jetzt der preussische Justizminister v. Weseler sein, der als Sündenbock in die Wüste geschickt werden soll.

Weseler hat, wie bekannt, nach der Behauptung der Freigeistungsleute „das Recht des Kaisers nicht geschützt“. Er hat im Herrenhause die Erklärung abgegeben, daß es unschicklich sei, gegen die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten wegen des Sündenbuchs beim Kaiserhof eine Strafverfolgung einzuleiten. Seit dieser Erklärung intrigierte das Schprengwerk gegen diesen Minister. Die Nationalzeitung hat Befragungen eingeleitet, ob es wahr sei, daß die Stellung Weselers erschüttert sei. Schläuerweise hat sie ihre Erfundungen im Justizministerium eingeholt. Dort aber ist „nichts davon bekannt“. Herr v. Weseler und seine Geheimräte wissen von nichts. Aber die ganze Situation rechtfertigt die Annahme, daß die Reaktion unbedingt ihr Opfer haben will. Das Junfermann ist dieser „Schlappen-Regierung“ überdrüssig, es fordert, daß endlich die Männer „mit den starken Nerven“ herbeigebracht werden.

Wohin die Junfer in ihrer blinden Wut steuern, das zeigt ein neuer Artikel des freikonservativen Dreiklassen-Mannes v. Dewitz, Landrats a. D., in der Post. Der Kaiser, erklärt Dewitz, sei schuldig gegen Befehlsgebungen der Sozialdemokratie, es müsse unbedingt etwas geschehen:

„Dem kann nur durch Beschränkung der Immunität auf dem Wege der Verfassungsänderung und der Änderung des Strafgesetzbuchs entgegengetreten werden. Der Artikel 90 der Verfassung hätte folgenden Zusatz zu erhalten: „Ausgeschlossen hiervon sind Aushebungen, welche den Tatbestand des §§ 45 und 49 des Strafgesetzbuchs enthalten“. ... Zur Verhängung der vorgeschlagenen Bestimmung würde nur noch nötig sein, den Artikel 90 der Verfassung dahin zu ergänzen, daß in dem Falle einer Verurteilung des Kaisers oder eines Bundesfürsten die Genehmigung des Reichstags zur Einleitung einer Untersuchung oder Verhaftung nicht erforderlich ist.“

Dies „nur noch“ ist entzückend. Die Redefreiheit wird aufgehoben, und dann braucht man „nur noch“ einen überwachenden Polizeibeamten neben den Reichstagspräsidenten zu legen, der sich die parlamentarischen „Majestätsbeleidiger“ aus der Sitzung herausholt, um sie im grünen Wagen nach Moabit zu befördern. Das alles ist nach Herrn v. Dewitz eine Kleinigkeit, und wenn man will, geht es wie geschmiert. Denn er führt fort:

„Es ist kaum anzunehmen, daß die bürgerlichen Parteien einer derartigen Vorlage der Regierung ihre Zustimmung verweigern würden. Sollte sich aber dafür keine Mehrheit finden, so würde der Appell an das Volk einen fruchtbareren Boden finden. So verächtlich ist es noch nicht, als daß eine frische Saat für den Deutschen Kaiser nicht neue Früchte tragen sollte.“

Der Herr v. Bethmann-Hollweg, so sehr er den Demagogen gefällig sein möchte, dürfte es sich gewiß mehrmals überlegen, ob er solchen Treibereien nachgeben will. Eine Reichstagsauflösung mit der Parole „Für Wilhelm II. oder gegen ihn!“ wäre der dümmste Wärendienst, den ein Staatsmann seinem königlichen Herrn leisten könnte. Herr v. Bethmann möchte wohl, aber er kann nicht.

Dieser Zustand der Unentschiedenheit ärgert die Junfer aufs äußerste. Weil sie die Sozialdemokraten nicht treffen können, prügeln sie auf die Minister los. Jüngend etwas muß geschehen: Delbrück, Weseler, Weismann am Ende hinterdrein — das schafft Erleichterung und ist gesund.

Das deutsche Volk weiß, daß es vorerst politisch den Stämpfen liegt, für die es aufs äußerste zu rufen gibt. Aber die tobenden Mäze der Ministerhege sorgen dafür, daß es in den ersten Kämpfen nicht ganz an erheitern den Abweisungen fehlt.

Deutsches Reich.

Die Solidarität der Herrennationen.

Der Verein Berliner Kaufleute und Industriellen ist zuerst auf einer Versammlung in England begriffen und es werden, wie das so üblich ist, allerlei Festessen und Empfänge veranstaltet, die zu Reden und Ansprachen ausreichende Gelegenheiten bieten. Bei einem Festmahl, das die Londoner Handelskammer den deutschen Gästen gab, hat nun auch der ehemalige Staatssekretär Dernburg gesprochen und die Gemeinsamkeit der deutschen und der englischen Interessen auf dem Gebiete der Kolonialpolitik behandelt. Er erinnerte daran, daß er vor drei Jahren Gast der Royal

African Society (Königliche Afrikanische Gesellschaft) gewesen sei und wie er damals mit den Engländern in der Frage des Verhältnisses zwischen Weißen und Farbigen übereingekommen habe:

Wir alle kamen überein, daß alle weißen Herrennationen den unterworfenen Rassen durch eine Solidarität des Interesses verbunden wären und wir betonten die Tatsache, daß der Vorteil des einen auch der Vorteil des andern sei. Die Eingeborenen können zwischen dem einen und dem andern Weißen nicht unterscheiden, unsere Herrschaft hängt von dem Prestige unserer Farbe ab, und der Prestigeverlust der einen Nation schadet auch der andern. Damals versprochen wir einander, diese Interessensolidarität aufrecht zu erhalten, und ich freue mich, feststellen zu können, daß wir beide dieser Verpflichtung nachgekommen sind.

Obwohl Herr Dernburg diesen Herrenstandpunkt durch die Versicherung zu verdrängen sucht, daß alle Weißen an dem gleichen Unternehmen arbeiten, den farbigen Mann zur Kultur zu erziehen, stoßen seine Ausführungen doch auf lebhaften Widerspruch bei den liberalen Daily News. „Diese Theorie“, so sagt das Blatt, „die voraussetzt und erklärt, daß die weiße Rasse für alle Völker die Erde erben und besitzen solle, ist keine, von der man vernünftigerweise erwarten kann, daß die Menschen ihr zustimmen können.“ Wir führten jedoch, daß die Daily News dabei einen sehr großen Teil der Menschen beträchtlich übersehen. Von den konservativen Herrenmenschen gar nicht zu reden, so sind wir schon im Zweifel, ob die englischen Liberalen die Meinung des Londoner Organs teilen werden. Die deutschen werden es bestimmt nicht tun. Sie werden im besten Fall einiges von der Kulturmission der weißen Rasse beklammern und im übrigen wie Herr Dernburg die Schwarzen und ihr Land als ein von der Fortsetzung der Europäern überlieferetes kapitalistisches Ausbeutungsojekt betrachten und behandeln.

Der Fackelzug als Schulunterricht.

Am 18. Oktober 1913 wurde vom Schulvorstand zu Triebes, einer ruffischen Gemeinde, eine Schulfest zur Erinnerung an die Völkerschlacht bei Leipzig veranstaltet. Abends 8 Uhr sollte noch ein Fackelzug der Schulkinder stattfinden. Da sich der Fackelzug nach einer unangenehm hohen Beweise, wo ein „Fremdenfeind“ abgebrannt werden sollte, glaubte eine Anzahl Arbeiterkinder berechtigt zu sein, ihre Kinder von der nächtlichen Feier, die den Umständen nach nicht ohne Gefahr für die Kinder war, abhalten zu dürfen. Die Teilnehmer am dem Fackelzug kamen tatsächlich erst 10^{1/2} Uhr nachts wieder im Orte an. Der Schulvorstand verhängte gegen acht Arbeiterkinder eine Geldstrafe, Schöffengericht und Landgericht bestätigten sie. Diesen Urteilen hat sich nun auch das Oberlandesgericht Jena angeschlossen. In der Begründung wird unter anderem gesagt:

„Dem Landgericht ist darin beizutreten, daß eine geschlossene Beteiligung der Schule unter Teilnahme ganzer Schulklassen mit ihren Lehrern an einer Festveranstaltung zu einem vaterländischen Gedächtnistage ein Teil des Schulunterrichts ist. Dieser ist nicht zulässig auf die Schulfestveranstaltungen und zeitlich auf die gewöhnlichen Unterrichtsstunden beschränkt. Auch die Benutzung eines Turnplatzes, das Aufsuchen eines Parkes, Veranstaltungen auf der Spielwiese, Unternehmen von Klassen-Ausflügen oder naturhistorischen oder heimatkundlichen Spaziergängen gehören zu den Schulunterrichtsveranstaltungen, die besucht werden müssen. Eine Teilnahme an einem Festzuge zu einem vaterländischen Gedächtnistage dient indes anderen Zwecken als dem schulmäßigen Zweck wegen ebensolcher zu den Unterrichtsmitteln wie eine Festfeierlichkeit im Schulsaal. Rampionzüge kann man natürlich nicht während der gewöhnlichen Schulunterrichtsstunden abhalten. Die Eltern können also nicht einwenden, daß es der gewöhnliche schulische Nachmittag und daß es Abendstunden gewesen seien. Die Veranstaltung war auch zweifellos eine solche der Schule; sie war vom Schulvorstand beschlossen. Eine Teilnahmepflicht der Kinder der Schulklassen, deren Teilnahme von der Schule angeordnet war, bestand also. § 1 des Volksschulgesetzes ist nicht verletzt; er bezeichnet die vaterländische Erziehung als eine der Hauptaufgaben der Volksschule.“

Deutlicher kann nicht gesagt werden, daß die heutige Schule Werkzeug des Klassenhaßes sein soll. Der Wille der Eltern und die Sorge um die Gesundheit der Kinder treten völlig hinter die „vaterländische“ Sache zurück, die immer als Deckmantel der Interessen der herrschenden Gesellschaft dienen muß.

Angst und Unken im Bund der Landwirte.

Auf der Provinzialversammlung des Bundes der Landwirte zu Hannover ist den bauerlichen Zuhörern von berühmten Rednern, wie Diederich Bahn, Hauptmann Pauli und anderen wieder einmal die politische Lage des deutschen Vaterlandes auseinandergeschildert worden und die zahlreich erschienenen müssen mit dem Gemütszustand nach Hause gegangen

Wasser im Jenseits ergehen, die verblümmelt in der Erde ruht, auf deren Grabe der Sohn keine Ahnenopfer darrbringen kann. Der erste Gedanke des befreiten Chinesen ist: „Ich muß weiße Frauenhände haben.“

Tschun durchdringt das gerötete Gesicht, wo alle Menschen pflünden. Es runden die Soldaten, es stehen die chinesischen Einwohner und es räumen es groß die europäischen Hunnen. Tschun wird Saug des Transportes eines geschlossenen Silbergeschloßes durch Herren der Geländeschiffen. Dieses Schauspiel gerät den lang gedachten Gläubigen an die persönliche Integrität der fremden Diplomaten.

Sie waren nicht besser wie die Mandarine, das ersetzte Tschun als Diener eines fremden Offiziers. Er wurde Saug einer ungezogenen Gerichtsverhandlung gegen einen angeblichen Weger. Er selbst litt unter dem anmaßenden rohem Verhalten des Militärs. Ohne Urlaub hatte er seinen Posten verlassen, um einen geplanten Anschlag der Vermanden des erschossenen Chinesen zu entlocken und zu vereiteln. Jam Tag wird er auf Befehl des Offiziers halb tot geschlagen. Da reist in Tschun der Entschluß, die Fremden zu verlassen. All seine Pläne sind zerstört. Er entflieht in der Provinzstraße und sieht bald wieder auf jener Straße, von der er, aus der Jahre entflohen, vor Jahren zu den Geländeschiffen emigriert war. Jetzt kennt Tschun die Fremden. Er sieht die Namen Bekkings und in ihm leimt der chinesische Nationalismus der Revolutionäre von 1912.

„Ja, wie Tschun so auf der hohen, gemähten Brücke stand und herabstarrte auf die Flagen, die lauter einzelne Nationen repräsentierten, war ihm plötzlich, als überhäus er die ganze Welt, diese Riesentafel, die durch den Weltzerstörer freit. Und er glaubte zu sehen, wie von allen Seiten die verächtlichsten Menschen an der Angel emporstiegen, alle nach einem bestimmten Punkte hin. Dieser Punkt aber war kein Land, kein China. Eines der letzten Gebiete der Welt, die noch nicht zerstört und aufgeteilt sind. Doch das war es ja gerade, was jetzt verschoben sollte! ... Ein großes

sein, daß die Revolution unmittelbar vor der Tür steht, und daß die äußerste Gefahr nur noch abgewendet werden kann, wenn die Regierung sich endlich entschließt, den Ratsschlägen der Agrarier zu folgen. „Die Demokratie“, rief Herr Pauli aus, „ist entschieden auf dem Vormarsche und wir müssen mit großer Angst der weiteren Entwicklung entgegensehen.“ Wenn schon ein Hauptmann a. D. Angst bekommt, dann muß es in der Tat schlimm aussehen. Aber dann hat man eigentlich auch kein Recht, der Regierung „Mangel an Courage“ vorzuwerfen.

Wie immer bei den Kundgebungen des Bundes der Landwirte, so wurde auch in Hannover ein Vertreter des Mittelstandes zu Worte gelassen. Seine Ausführungen sind deshalb nicht ganz unbeachtlich, weil sie zeigen, wie sich in den Köpfen der kapitalarmen Kleinrentnerkreise mit allerlei absonderlichen Vorstellungen von den Möglichkeiten einer Mittelführer der wirtschaftlichen Entwicklung verbindet. Der Herr Hugo Kückelhaus aus Essen machte die „Kapitalistenliste“, worunter er die Großbanken versteht, für das Unglück der kleinen Leute verantwortlich, die sich nun außerstande sehen, wirtschaftlich selbständig zu werden.

Wieviele Male hört man von jungen Leuten das Wort: Ohne Geld ist doch nichts zu machen. Das bedeutet, daß teure und an sich gesunde Volkswirtschaft alle Hoffnung auf Aufstieg aufgegeben haben, und bei dem allgemeinen Pessimismus hat dann die Sozialdemokratie ungeheuer leichtes Spiel.

Auch das Ziel, das der Mann für die Mittelstandsbewegung aufstellt, ist an sich sehr sympathisch. Er will, daß Raum geschaffen werde für die Betätigungsmöglichkeit und die Aufstiegsmöglichkeit der unteren Volksschichten. Aber dann kommt wieder die rühmlich gerichtete Utopie: er ist überzeugt davon, daß derselbe, allen Verheißungen entgegen zum Trotz, Meister, Gesellen und Lehrlinge sich wieder als geschlossenen Stand fühlen werden. Das schadet aber ist, daß der gute die Bewirtlichung seiner Hoffnungen vom Kartell der schaffenden Stände erwartet. Er will also mit Hilfe der indigenen Großindustrie die Macht der Großbanken brechen und den Kleinrentnerkreisen eine goldene Zukunft erschließen. Na, da wünschen wir ihm viel Glück auf den Weg.

Das Kaufmannsgerichtsgesetz.

wurde vor nunmehr zehn Jahren, am 16. Juni 1904, vom Reichstage verabschiedet. Die letzten parlamentarischen Kämpfe drehten sich besonders um das Wahlrecht der Handlungsgesellschaften zu den Weisungswahlen. Die Reichstagskommission hatte das aktive Frauenwahlrecht zugestehen wollen, aber die Reichsregierung erklärte die Forderung für unannehmbar. Der Zentralverband der Handlungsgesellschaften hat jetzt eine neue Agitation für die Ausgestaltung des Kaufmannsgerichtsgesetzes eingeleitet. Zahlreiche Ortsgruppen des Verbandes haben Eingaben an den Bundesrat gerichtet, in denen die hilflose Ausdehnung der Kaufmannsgerichtsbarkeit auf das ganze Reich und das Wahlrecht der weiblichen Angestellten zu den Weisungswahlen gefordert wird.

Der Landtag von Anhalt.

trat zu seiner Sommertagung zusammen. Einiger Beratungsgegenstand ist die neue reaktionäre Gemeindeförderung. Während die Abgeordneten der Rechten den Entwurf billigten, bezeichneten ihn die fortschrittlichen und sozialdemokratischen Abgeordneten als einen erheblichen Rückschritt gegenüber dem bisherigen Zustand und als skandalöse Entziehung des Volkes.

Ans der bayerischen Kammer.

Die bayerische Abgeordnetenkammer hat am Dienstag einen Antrag des Zentrums, nach welchem die Staatsregierung bei den zuständigen Stellen des Reiches nachdrücklich darauf hinwirken soll, daß Wagners Industrie und Gewerbe mehr als bisher zu Lieferungen für Reichsbetriebe, besonders für die Marine herangezogen werden, mit den Stimmen aller Parteien angenommen. Ferner nahm sie einen Antrag an, im Bundesrat dafür zu wirken, daß der Tarif für Militärransporte (§ 50 der Militärverordnungsordnung) dahin geändert werde, daß erstens in das Eigentum der Marineverwaltung übergehende Wagenladungen den Militärwagenladungsstarifen unterstellt und zweitens die Soldattarife so weit ermäßigt bzw. gestaffelt werden, daß auch Industrie und Gewerbe Süddeutschlands sich an Lieferungen für die Marine beteiligen können.

Spionageaffäre. Am 8. Juli wird vor dem Reichsgericht gegen den Chemiker Francois Souffe, geboren 1896 in Frankreich, zuletzt in Luxemburg wohnhaft, wegen verdächtig militärischer Geheimnisse verhandelt werden. Diese Angelegenheit ist die erste, welche nach dem neuen Spionagegesetz nur vor dem zweiten Strafsenat in der Besetzung mit sieben Mitgliedern zur Verhandlung kommt.

Heimlich erfuhr ich, nach jenem China, dem er einst selbst den Rücken gefehrt hat, und zu dem er in dieser Stunde so gern zurückgekehrt wäre. — Aber das war unmöglich, denn jenes China war ja inzwischen gestorben. Seine Paläste standen zwar noch und in den Wäldern zogen noch seine grauen Raben, aber trotzdem war es für immer tot. ... Und Tschun begriff, daß, wenn sein China überhaupt weiter leben und bestehen sollte, es jetzt erst heißen mußte, weiter zu streben zu jenen Zielen, für die es alte Abgeschlossenheit einst aufgegeben. Aber zu diesen Zielen, so wollte ihm scheinen, mußten sich andere Wege finden lassen, als die verdächtig, von den stets eigensüchtigen Fremden gemieteten. Fortschritt galt es. Aber Fortschritt war doch nicht bloß ein Importgut, das ausschließlich bei den Fremden einkaufsweise gekauft werden konnte? Fortschritt — der mußte sich doch entwickeln lassen — aus eigener Kraft. ... Und Tschun nahm seinen Lauf wieder auf. Ein nun kommenden China.“

Dieses kommende China ist schon wieder verschwunden, Saug, wie der chinesische Frühlings, war der Hauch der chinesischen Revolution. Zurückgeworfen durch das europäische Finanzkapital, verdrängt von den eigenen Kaufmannsgesellschaften, brach die revolutionäre Bewegung zusammen. Wieder wird in Peking das Himmelsober betrachtet, aber nicht von dem Kaiser der Mandchus, sondern von Yuanseki, dem Erbprinzen und Wächter des fünfmaligen Dynastien. Yuan herrscht mit den alten Reichshäusern des Orient, Republik, und Reichelmoor, Bestehung. Dem Frühlings folgte die Dürre der Reaktion. Aber in dieser Dürre reist trotzdem die Saat. Die Industrie erobert eine Provinz nach der anderen. Eisenbahnen durchziehen das Reich. Die Chinesen der Dürre fröhnen in Ziegelfabriken an Röhren der Weichen, die bald auch in eigenen Händen gebaut werden. In kommenden Jahrzehnten werden diese gelben Proletarier den Kampf aufnehmen gegen die Oler, gegen den Profitgott, der einigt die weißen Kaufleute an die fernem Gebiete des Reichs der Mitte zieht, zur wahren Befreiung Chinas aus der Sklaverei der Mandarine und der Kapitalisten. O. J.

Einrichtung der Biteroten, der Verständlichkeitsigkeit der Geländeschiffen gegenüber den inneren Umwälzungen, gehört zu den besten Zeiten des Landes. Volksgesunden, Gespräche, Beschreibungen chinesischer Kulturgebräuche offenbaren den Lebensrhythmus der chinesischen Dandies und Bauernkultur.

Die letzte soziale Welle gegen diese Kultur gegen den eindringenden Kapitalismus ist die Bewegung der Dager. Die lebendige Schöpfung des Entschens und Wachstums dieser Seite, die in einer Volkserwählung gipfelt, in der vor großen Massen die Sektierer Proben ihrer Axtensundbarkeit ablegen, läßt diese Seite erkennen als eine sozial-revolutionäre Bewegung. Beim Lesen wird man unwillkürlich erinnert an die schwarzen Hundert der russischen Sozialrevolution, nur daß an Stelle des Alkohol in China die religiöse Ekstase tritt. Begünstigt durch Dürre und Hungernot, öffentlich verurteilt und heimlich gefördert durch die Regierung, ließ angeleitet von Priestern und heimlich gefördert durch die Bewegung der Großmeistermänner unauffällig. Verläßt von den Befanden, wenigstens sie scheinbar entzückt gegen Ausbreitungen der Sekte protestieren, wird die Gefahr nur klar erkannt von den Reformern, vor allem dem alten Bischof des Belang, der aus allen Teilen des Landes Nachrichten erhält. Dieser Kirchenfürst ist nicht nur der beste Reppsticker, sondern er kennt auch das chinesische Volk durch die enge Fühlung mit den Tausen zweiten Grades, den chinesischen Christen, die nächst den Fremden den Haß der fanatizierten Menge zu fürchten haben.

Zu spät werden vierhundert Mann Schuwachen nach Peking gerufen, die Schütterung der Massen steigert sich, ein Gefandier wird ermordet, zahlreiche Morden gehen in Flammen auf, das Geländeschifferteil und der Weg werden belagert. Diese denkwürdige, achtstündige Belagerung wird ohne Sensationslust knapp, aber lebendig dargestellt, wie es nur ein Augenzeuge vermag. Tschun ist in Peking eingeschlossen, er verliert seine Küster durch eine Winternopflon. Der Schmerz erweckt die alte Volksweltigen in seiner Seele, die das Christentum nur überliefert hat. Wie wird es der

Mittw
Handel
1914
babise
Gessen
Schmau
in
Stabher
die Unsch
liche Ber
und alle
soll 10 Pro
bedante
geheimer
zeidig
Die
dieser Tag
daß zwei
ihrer Eige
vertidigung
mit einem
deutschen
französisch
französisch
der Bundes
militärischen
Die
Gemessen
rechtig: Ein
Partei in G
taufte, ab
über das
Auskünfte
mentarischen
Erzange der
möglich. A
jeder aufme
der betreffe
Generalstab
eine Pause
so bereitet
verfügt ma
lösung nicht
Kun I
— es ist die
Spähen in d
Zentrale zu
halbes Dage
20jähriges
Ansch bemu
durchgedel
rentungen d
und schänd
der Bundes
Nützen der
Nichtigkeita
Erklärung d
Darstellung
Sozialdem
genial war
nicht gerade
weheme Akt
Verfügung
man kommt
Mitglied des
gesenoffen
listen hürge
Inhalt frem
diesem gene
wird zu ein
Bonden
Geheimlegel
Gomoru
Ganzem Pro
und die W
ausgeschlo
dies keine
Die Falsch
abmilitar
erker W
Paris,
tend des be
untergeordn
protestieren,
lagen diese
Wiederholt
Seine abend
getragen.
tull den Stra
bewegen läßt.
Lieber
postentes an
besser Werke
Bolzgel f
leute mußten
ersten Stodm
Doch gelang
vorgunehmen.
hinter a
sombes Westh
lorent!“, S
gang der Post
Hauptpostgebü
den anderen
seinen Zulass
werden u
Bonden
Engelstien

Seine politische Nachrichten. Die Reichsregierung hat einen Handelsvertrag für Kanada erlassen, der im Herbst 1914 seine Tätigkeit in Kanada beginnen wird. — Die zweite badische Kammer hat den Staatsvertrag zwischen Baden und Hessen über den Bau einer Eisenbahn von Redarsteinach nach Schönbühl im Obermalter Steinschacht einstimmig angenommen. — Die Stadtverordnetenversammlung in Düsseldorf beschloß gestern die Einführung einer Gemeindesteuer auf Eintrittskarten für sportliche Veranstaltungen, wie Pferderennen, Wettfahrten, Schauspielen und alle gewerdmäßigen Kämpfe und Wettspiele. Der Steuerbetrag soll 10 Proz. betragen. Gegen die Vorlage hatten die Sportverbände lebhaftes Entgegenkommen. — Die russische Reichsduma hat in ihrer Sitzung für die „Verordnung zur Vermeidung der Verwundung durch Giftmittel“ beschlossen.

Ausland.

Schweiz.

„Sozialdemokratische Vaterlandsbewerber.“

Die Presse der sozialdemokratischen Regierungspartei überreichte dieser Tage die Denkschrift mit der geheimnisvollen Aufschrift, daß zwei hervorragende sozialdemokratische Parlamentarier, die in ihrer Eigenschaft als Mitglieder der nationalsozialistischen Landesverteidigungskommission militärische Geheimnisse erfahren haben, mit einem „Genossen“ in Flieg in Anton Dürich, der Spion der deutschen Regierung sei, unter einer Tende stecken. Eine politische Unternehmung habe die kompromittierenden Briefe der sozialdemokratischen Parlamentarier zutage gefördert, einzig der Postmeister der Bundesanwaltschaft sei es zu danken, daß kein Verstoß militärischer Geheimnisse an das Ausland erfolgt sei.

Die so angelegentlich sozialdemokratischen Nationalräte — die Genossen Seidel und Seidel — stellen den Sachverhalt sofort richtig: Ein Arbeiter, der vorab Mitglied der sozialdemokratischen Partei in Flieg zu sein, verlangte von diesen beiden Genossen Auskünfte, angeblich als Diskussionsstoff für Vereinsversammlungen, über das Thema des Militarismus. Die beiden Genossen gaben Auskünfte, die jedoch nicht auf amtlichen Drucksaften oder parlamentarischen Protokollen beruhen, sondern, wie es ja im Interesse der Wahrheit nicht anders möglich ist, so kurz wie nur möglich. Auf Grund dieser Briefe, die nichts enthalten, was nicht jeder aufmerksame Zeitungsläser bereits kennt, wandte sich nun der betreffende Mann an den Informationsdienst des Deutschen Generalkons. Sein Brief wurde jedoch aufgegeben und hat ihm eine Quasidivulgation vorgekommen. Da das Delikt des Landesverrats so bereitet worden, und zudem mit ganz untauglichen Mitteln versucht war, Abhilfe aber nicht zu bestanden ist, wurde die Untersuchung niedergebunden.

Nun hatte die Institution der sozialdemokratischen Vaterlandsbewerber in erster Linie die Intention zur Beobachtung ausländischer Spione an der Hand zu liefern, die in dem Bundesrat durch geschaffene Zentrale zur amtlichen Anwartschaft, von denen alljährlich ein halbes Duzend zum Stützpunkt gebracht werden — dieser Tage für 20-jähriges Jubiläum und die sozialdemokratische Presse hat diesen Anlaß benutzt, diese einer Republik unzulässige Institution ein wenig durchzuleuchten. Was nun die bürgerliche Presse, die bringt Andeutungen über den Spionagefall in oben erwähneter empfindlicher Form und (schon) dreifach, daß die Sozialdemokraten gegen das Institut der Bundesanwaltschaft seien, weil es den Landesverteidigerlichen Behörden derselben an den Krügen geht. Inzwischen kam jedoch die Richtigstellung des Sachverhalts durch die beiden Genossen und eine Erklärung der Bundesanwaltschaft in der bürgerlichen Presse, die die Darstellung anderer Genossen wortwörtlich bekräftigt.

Somit wäre alles in Ordnung. Nun hat aber eine sozialdemokratische Zeitung konstatiert, daß die Untersuchung streng geheim war, daß es also die Blöße der Bundesanwaltschaft für die nicht gerade beliebten Geheimartikel der Parteipresse war, wenn sie geheime Aktenstücke der Spionagetätigkeit der bürgerlichen Presse zur Verfügung stellt. Doch dies betrifft die Bundesanwaltschaft, und nun kommt unter Werner Korbelsporen und erklärt öffentlich, daß ein Mitglied des Bundesrats, also ein Mitglied der Regierung der Schweiz, die Bundesanwaltschaft in den Contours des Bundesparlamentes Journalisten bürgerlicher Observanz gefaßt und gefangen hat, denen er den Inhalt streng geheimer Aktenstücke zu wissen ließ, damit sie diesen gegen die Sozialdemokratie auszusprechen. Diese Entschuldigung wird zu einem parlamentarischen Skandal ersten Ranges führen.

England.

Comerale im Oberhaus.

London, 23. Juni. Vor nicht beständigem Hause brachte der Lord Geheimlegationsminister Marquis of Crewe die Zusatzbill zur Comerale Bill ein. Er führte aus: Die Ausschließung der ganzen Provinz Ulster von Comerale würde für jedes Jahr einen Verlust von 10 Millionen Pfund bedeuten, was die Regierung nicht zu verantworten wüßte. Die Zusatzbill enthält die Maßnahmen für notwendige finanzielle und administrative Änderungen. Die Bill wurde hierauf in erster Lesung formell angenommen.

Frankreich.

Trochender Briefträgerstreik.

Paris, 23. Juni. Im Hofe des Hauptpostamtes fanden während des heutigen Tages Versammlungen der Briefträger und des untergeordneten Telegraphenpersonals statt, um gegen den Senat zu protestieren, der die Forderung auf eine Erhöhung der Zulagen dieser Beamtenkategorie um 100 Franc nicht berücksichtigt. Wiederholt wurden Rufe laut: „Nieder mit dem Senat!“ Heute abend wurden wieder Briefe nach Stationen ausgetragen. Die Führer der Bewegung erhielten Vollmacht, eventuell den Streik zu proklamieren, falls der Senat sich nicht doch noch bewegen läßt, die geforderten 100 Franc zu bewilligen.

Über 500 der Angestellten sammelten sich im Hofe des Hauptpostamtes an und überredeten durch einen schweren Vorwärtsschritt, dessen Spitze sie ausspannten, das Zugangsportal der Posthalle für einen heftigen Handstreich. Die Wachleute mußten schließlich unter dem Hagel von Geschossen, die aus dem ersten Stockwerk auf sie herabgeschleudert wurden, zurückweichen. Doch gelang es ihnen, das Tor frei zu machen und eine Verhaftung vorzunehmen. Die streikenden Angestellten verschanzten sich hinter aufgestellten Briefkästen und schrien ein lautes „Nieder mit dem Senat!“ „Nieder mit dem Senat!“ Die Streikenden suchten den Weg der Postenbänder nach der Straße zu verhindern. Vor dem Hauptpostgebäude konnten sich die Wagen, die die Briefkästen mit den anderen Postämtern einholten und im Hofe des Hauptpostamtes ihren Platz finden konnten. Über eine Million Briefe werden nicht abgehen können.

Dänien.

Schiffen und Törnen.

Kopenhagen, 24. Juni. Der Daily Telegraph veröffentlicht weitere Einzelheiten über die schrecklichen Verfolgungen, denen die Griechen

in Kleinasien ausgesetzt waren. Außer den 18 000 Griechen, die sich auf der Insel Chios befanden, dürften sich augenblicklich noch weitere 50 000 in Asien aufhalten. Alle Griechen leiden große Not. Sie erklären, daß die Türken in unantastlicher Weise gegen sie vorgegangen seien. In der vergangenen Woche fanden in Karabona und Rhodos regelrechte Menschenjagden auf Griechen statt, bei denen über 20 000 Griechen lebendig verlegt wurden. Ein Kreis zeigte seinen vollkommenen Mangel an Menschlichkeit. Der Bürgermeister gab selbst das Signal zum Angriff auf die Griechen.

Konstantinopel, 24. Juni. 53 000 Mohammedaner, die ihrer Religion treu bleiben wollen, haben Griechisch-Macedonien verlassen; es sind dagegen andererseits 200 000 Griechen türkischer Nationalität nach Griechenland ausgewandert.

Italienische Rüstungen.

Konstantinopel, 24. Juni. Die türkische Regierung betreibt mit großer Eile ihre militärischen Vorbereitungen, die sie infolge der drohenden Haltung Griechenlands für notwendig erklärt. Alle Reservisten bis zum Alter von 45 Jahren befinden sich augenblicklich unter den Waffen. Die Dorbanellen sind jedoch entgegen den umlaufenden Gerüchten für griechische Dampfer nicht gesperrt worden.

China.

Gegen die Fremdenbedrücktheit.

Peking, 23. Juni. Die chinesische Regierung hat ein drakonisches Gesetz erlassen, um der Unrechtheit des Sinesischen Staatsrechts ein Ende zu machen. Hierdurch sollen in Zukunft Beamte, die zum Schaden der Ausübung des öffentlichen Rechts Verbrechen bis zum Alter von 50 Jahren annehmen, mit dem Tode, und Beamte, die ohne der Ausübung des öffentlichen Rechts zu schaden, Verbrechen bis zum Alter von 1000 Dollar annehmen, mit lebenslänglicher Verbannung bestraft werden. Ferner steht auf Unterlassung ausländischer Gelder von mehr als 5000 Dollar Todesstrafe. Diese wird durch Verhaftung vollzogen. Die Verbannung besteht in Verbannung nach Turkestan und anderen Grenzgebieten, wo die Unmoralität der Beamten ungenügend ist. Das Gesetz hat für drei Jahre Gültigkeit.

Trochende Revolution.

Peking, 23. Juni. Der bekannte Revolutionär Sun Wen läßt im ganzen Lande in großen Flugzetteln verbreiten, in denen das Volk aufgefordert wird, jede Gemeinschaft mit Unmoralität und seiner Regierung zu lösen und zu den Führern der ersten Revolution zu halten. Sun Wen vertritt demnach die Forderung einer neuen Revolution zu erheben und die gegenwärtige Staatsordnung mit Stumpf und Stiel auszurufen.

Amerika.

Vertagung der Feiern in Niagara Falls.

New York, 23. Juni. Die jetzt beschlossenen inoffiziellen Verhandlungen zwischen den Anhängern Quieros und denen Carranzas können möglicherweise recht lange währen. Die Vermittlungskommission wird sich inzwischen zerlegen, und es ist ungewiss, ob sie dann wieder in Niagara Falls zusammenkommt. Carranza verpflichtet sich zu nichts weiterem, als was er schon lange andeutete: nämlich Delegierte für Informationszwecke zu entsenden. Inzwischen werden viele Streitfälle aus Verzögerung gemeldet, die dort infolge der einseitigen Regiererei entstanden sein sollen; solche Meldungen sind jedoch mit allem Vorbehalt aufzunehmen.

Aufbruch in ganz Albanien.

Schon wieder haben die albanischen Regierungstruppen eine Niederlage erlitten, und zwar im Süden am Semensfluß. Die Ursache der Niederlage soll die Disziplinlosigkeit der Freiwilligen gewesen sein. Die Regierungstruppen haben ein Geschütz und einige Maschinengewehre verloren, und die Stadt Skutari ist in die Hände der Aufständischen gefallen. Diese planen allem Anschein nach einen Vormarsch auf Salonika. Auch auf Durazzo ist trotz des Waffenstillstandes in der Nacht vom Montag bis Dienstag ein Angriff unternommen worden, der allerdings zurückgeschlagen werden konnte. Immer mehr bekommt es den Ansehen, daß der Abschluß des Waffenstillstandes eine große Dummheit des Fürsten und ein schauerliches Verbrechen der Aufständischen gewesen ist, die nur Zeit gewinnen wollten, um Verstärkungen herbeizuschaffen. In Durazzo wird alles zu neuer Verteidigung vorbereitet. Der Kommandant Major Kroon will das gesamte bürgerliche Gelände vor der Stadt durch das der Feind vor einigen Tagen unbemerkt an die Stadt heranschleichen konnte, durch die Stadtbewohner planieren lassen, um den Aufständischen die Möglichkeit zu einer abermaligen Überwindung zu nehmen.

Die ganze Situation ist für den Fürsten so ungünstig wie möglich, nicht nur, daß im Süden die Aufständischen Fortschritte machen, auch in Skutari soll es zu Unruhen der mohammedanischen Bevölkerung gekommen sein, und aus Spisra hat Zographos ein Telegramm an die Kontrollkommission geschickt, in dem er sich darüber beklagt, daß albanische Wunden den in Korfu abgestellten französischen Truppen verleiht haben. Zographos lehnt jede Verantwortung für zukünftige Ereignisse ab. Es kann also leicht passieren, daß es auch dort sehr bald wieder losgeht. Kurz und gut, das ganze Land befindet sich in Aufruhr. Ein schwerer Kampf dürfte es unter diesen Umständen für den Fürsten sein, daß Vranj Bleda sendend und brennend in der Richtung auf Durazzo anrückt, um die Regierungstruppen zu unterstützen, und auch den Rebellen bereits eine Niederlage beibringt hat. Begegnend ist es übrigens für die ganze Situation, daß Skutari sich nicht als ein Zentrum verschwinden ist, ohne daß man weiß, wo er hin ist. Der hiesige Pascha ist offenbar der Ansicht, daß seine Zeit jetzt gekommen ist, und wahrscheinlich ist er bereits auf dem Wege nach Albanien. Wie ein Sohn König ist er bereits in Albanien, daß aus Paris gemeldet wird, die Verhandlungen über die Gründung einer albanischen Staatsbank zwischen den Vertretern der Großmächte seien beendet. Solange es in Albanien so bräutert und dröhert geht wie jetzt, wird wohl die Staatsbank darauf verzichten müssen, in Albanien in Wirklichkeit zu treten.

Rus aller Welt.

Verzweiflungstakt zweier Mädchen.

In Berlin prangen zwei junge Mädchen aus Ratzburg-Jungen von der Schloßbrücke in die Spree. Sie wurden von Fischern gefischt und, nachdem sie in der Rettungsboje wieder ins Leben zurückgerufen waren, nach dem Ansehen aus wiederholten Anrufen, wo sie infolge wochenlangem Entbehrens der Nahrung hinfällig waren. In der Verzweiflungstakt selbst der Rettungsboje folgende Einzelheiten:

In der Schloßbrücke wurden gestern nachmittags zwei junge, armützlich gekleidete Mädchen beobachtet, die langsam umhergingen. Als sie dann gegen 7 Uhr abends über die Schloßbrücke gingen, sprangen sie plötzlich, einander eng umschlingend, über das Geländer hinweg in die Spree, in deren Fluten sie verschwand. Mehrere mit ihren Rähmen auf der Spree liegende Fischer rüberziehen schlugen herbei, und es gelang ihnen, die beiden Mädchen zu retten. Sie hatten bereits das Bewußtsein verloren, auf der Rettungsboje am

Spittelmarkt gelang es jedoch dem Arzt nach längerem Bemühen, sie ins Leben zurückzurufen. Nachdem sie sich einigermaßen erholt hatten, erzählten sie ihre Leidensgeschichte. Die ältere der beiden, die 20 Jahre alte Werkmeisterin Amanda Hill, war vor zwei Jahren, nachdem sie ihre Eltern verloren hatte, aus Westpreußen nach Berlin gekommen und hatte hier Stellung gefunden. Sie befreundete sich mit der jetzt 17 Jahre alten Arbeiterin Margarete Kamin, die ebenfalls eine Waise ist und in demselben Betriebe beschäftigt war. Vor einigen Monaten verloren beide ihre Stellungen. Da sie sich vergebens um Arbeit bemühten, waren die geringen Ersparnisse bald aufgebraucht, der Hunger stellte sich ein, und seit Tagen hatten sie nichts gegessen. Vorgefurcht saßen sie ihre Wirtin auf die Straße, weil sie die Miete nicht bezahlen konnten. Ohne Nahrung und Obdach irrten sie nun umher, bis sie gestern die Bergwerkstraße zu dem gemeinsamen Selbstmordversuch trieb.

Im Wahnfinn.

Paris, 23. Juni. Im Justizpalast spielte sich gestern nachmittags eine aufregende Szene ab. Ein gut gekleideter Herr, der einen sehr nervösen Eindruck machte, erschien im Bureau des Staatsanwaltschaft und verlangte den Generalstaatsanwalt Redoubt zu sprechen. Als er einige Zeit warten mußte, beschwerte er sich, daß man plötzlich einen Revolver hervor und begann nach allen Seiten zu feuern. Er wurde schließlich von einem bereits 50 Jahre zählenden Gerichtsdiener mit Ruhe überwältigt. Auf der Polizeiwache führte er kurze Weile, so daß man zu der Überzeugung kam, es mit einem Weißeskranken zu tun zu haben.

Nautischer Fall auf einem Jumeierischen.

Wien, 23. Juni. Heute nachmittags um 5 1/2 Uhr wurde der in dem Jumeierischen und Löhrgeschäft von Franz Weisler in der Leopoldsdorfer Straße allein amtierende Gehilfe von mehreren Banditen in räuberischer Absicht überfallen und nicht unerheblich verletzt. Auf die Hilfe der Löhrgeschäftlichen eilten Polizisten und Polizei herbei. Zwischen den Polizisten und Banditen entspann sich ein verzweifelter Handkampf, doch gelang es schließlich die Mörder zu überwinden und sie ins Gefängnis zu bringen.

Die Vergung der Empress of Ireland aufgegeben.

Montreal, 23. Juni. Die Tauchversuche zur Vergung der Leichen und Wertgegenstände von Empress of Ireland mußten aufgegeben werden. Die Leiden sind bereits vollständig erloschen. Man geht nunmehr mit der Ansicht aus, das Wrack des Schiffes durch Dynamit zu sprengen. Der Newporter Taucher Cosboom ist bei den Vergungsarbeiten ertrunken.

Letzte lokale Nachrichten.

Vermißt wird seit Sonntag den 14. Juni der neunzehnjährige Kolonist Rudolf Bauer aus Königstein. Er ist von einem Nachmittagsausflug nach Schandau nicht mehr zurückgekehrt und man vermutet deshalb einen Unglücksfall. Bekundet war er mit gestrichelter Hohe, Schürstiefeln, schwarzem, weitem Hut und R. H. gezeichnetem Hemd. Wahrnehmungen sind der nächsten Polizeibehörde mitzuteilen.

Selbstmordversuche. Der 56 Jahre alte Maurer Max J. von der Fabrikstraße schmiß sich in vergangener Nacht vor einem Grundstück in Alttröden die Pistole der linken Hand durch. Als ein Wächter dem Maurer das Messer wegnahm, wollte er sich die andere Pistole durch den Mund stecken. Nach Anlegung eines Verbandes wurde der Mann der Heil- und Pflegeanstalt zugewiesen. — Der 1892 geborene Photograph Kurt D. R. von der Rosenstraße 48 sprang von der Marienbrücke aus in die Elbe, nachdem er vorher auch noch Chloroform getrunken. Dieser Lebensmüde wurde von Gendarmen wieder aus dem Strome gezogen, worauf auch er noch der Heil- und Pflegeanstalt gebracht wurde. In beiden Fällen sind die Gründe zur Zeit nicht näher bekannt.

Ein Einbrecher wurde heute morgen in der Besenkammer der Konditorei Parfabel auf der Raupner Straße ertrappt. Der Spitzbube flüchtete zwar, konnte aber auf dem Überflur festgenommen werden. Auf der Polizeiwache verprügelte er sich als ein früherer Angehöriger der Konditorei. Die bereits gemachte Diebstahlbeute wurde ihm wieder abgenommen. — Weil er seinem Schlafkollegen die Uhr gestohlen, wurde in der Gorbegasse zur Weimars in der Neustadt ein Landwirtsburde festgenommen.

Wetterbericht von der Wetterkammer an der Friedrich-August-Brücke vom 24. Juni, mittags 12 Uhr.
Barometer 755. Barometerdruck.
Thermometer + 13° R.
Thermometer nach: Min. + 12°, Max. + 25°.
Hygrometer 73%.
Wasserstand der Elbe — 114 Zentimeter.
Wassersäule: 16° R.

Prognose der städtischen Landeswetterwarte für den 24. Juni 1914:
Südwestwinde; meist heiter; Temperatur wenig geändert; kein erheblicher Niederschlag.
Witterlage: Die Nimm flachen Drucke, die sich schon gestern bis nach dem Schwarzen Meere aus, verliert fortgesetzt an Ausbreitung. Die beiden Hochs, von denen das eine den Süden, das andere den Nordosten bedeckt, streben einer Vereinigung zu. Die Neigung zur Bildung von Tiefen ist noch immer vorhanden. Demzufolge besteht noch eine Unsicherheit, die auch nicht eher verschwinden wird, als bis sich die Vereinigung beider Hochs vollzogen hat.
Wasserstände der Elbe: Hohenstein + 36, Barby + 63, Brandeis — 10, Wolitz + 56, Zeitnitz + 10, Kuffa + 33, Dresden — 114.

Letzte Telegramme.

Die neueste Spionageschizze.

Berlin, 24. Juni. Bei der Verhaftung eines Beamten einer hiesigen Festungsbehörde, die gestern in den Wäldern mitgeführt wurde, handelt es sich um den Feldwebel Vogt von der 1. Jägerkompanie. Die Angelegenheit hat übrigens einen größeren Umfang angenommen, wie daraus hervorgeht, daß in der gleichen Sache in Dresden ein Dr. Blumenthal verhaftet wurde. Ansehend ist der Name Blumenthal jedoch nur ein angenommener Name und der Verhaftete heißt anders. Die Spionage wurde, wie die beschlagnahmten Papiere ergeben haben, zugunsten Russlands geführt. Die Behörden glauben mit der Verhaftung des angeführten Dr. Blumenthal einen außerordentlich wichtigen Fall getan zu haben.

Wasserflugzeug.

Paris, 24. Juni. Der Militärflieger Sperry unternahm gestern mit einem von ihm erfundenen automatisch-geführten Wasserflugzeug mit einem Fluggast an Bord mehrere Flüge, die große Verehrung hervorriefen. Es ließ Sperry in einer Höhe von 150 Meter das Steuer los und sein Fluggast fiel auf die Wasseroberfläche und ging auf ihnen hin und her. Gleichwohl ließ das Wasserflugzeug seinen Flug unbeeinträchtigt mit einer Geschwindigkeit von 100 Kilometer in der Stunde fort.

Ein bestraffter Leutnant.

Paris, 24. Juni. Die aus Chalon-sur-Saone gemeldet wird, hat der in der zivilen Welt sehr angesehene Kommandeur des R. Armeslars, General Serail, den Reserveleutnant Pierquet, der vor einigen Tagen freigesprochen worden war, mit 60 Tagen strenger Kerker bestraft. Pierquet hatte in Clermont an Margonnie bei der Einquartierung eines Bauern mißhandelt, der sich weigerte, weitere Einquartierungen anzunehmen.

Das heutige Blatt umfaßt 14 Seiten.

den Hausbesitz nicht erzielt worden war, kam eine Dividende nicht zur Ausschüttung. Es wird aber voraussichtlich möglich sein, aus einer Stiftung den unterstützenden Mitgliedern für den Dividendenausfall eine andere Entschädigung zu gewähren. Die Aufsichtsratswahlen und der übrige Teil der Tagesordnung fanden statt ihrer Erledigung. Die Bau-genossenschaft Hellerau, die vor kurzem durch eine außerordentliche Hauptversammlung ihrer durch den endgültigen Abschluß ihres Mietvertrages eine nicht unwesentliche Steigerung ihrer Mieten vorgenommen hatte, hat dadurch ihr Unternehmen auf eine gesicherte Grundlage gestellt. Die Genossenschaft kann ihre Lage als gelichtet ansehen und wird jedenfalls bald zur Ausführung der in Vorbereitung befindlichen neuen Bauprogramme übergehen können. Eine baldige rege Bautätigkeit wäre sehr wünschenswert, da die Nachfrage nach Wohnungen in Hellerau ständig rege ist. Hellerau entwickelt sich immer mehr zum Charakter der Gartenstadt. Es ist schon jetzt ein Genuß, durch die blühenden Gärten zu gehen, die mit den teils recht gut bewachsenen älteren Häusern anfangen, eine reichliche Fülle zu zeigen. Auch die in diesem Jahre vorgenommenen umfangreichen Anpflanzungen auf Straßen und Plätzen versprechen, Hellerau bald ein immer freundlicheres Gartenstadtbild zu geben.

Die verannten Jungfern.

Am Montag überflogen große Insekten Schwärme die Häuser der Johannstadt, die von vielen als Heuschreckenschwärme angesehen wurden. Es waren aber keine Heuschrecken, sondern harmlose Wasserjungfern, und zwar handelt es sich in der Hauptsache um die große Libelle. Wie wir in Erfahrung bringen konnten, wurde Ende der 70er Jahre ebenfalls ein solcher Schwarm als Heuschreckenschwarm in Dresden gemeldet. Von solchen gewaltigen Schwärmen weiß man seit 1673. Die größten der letzten Jahrzehnte waren die im Juni 1852 bei Stönitzberg und am 20. Mai 1892 bei Bellitz beobachteten Schwärme. Der erstere flog in zehn Meter Höhe und soll fünfzehn Meter breit und drei Meter hoch gewesen sein und von morgens 9 Uhr bis zum Abend gedauert haben.

Die Libellen sind nur als geschlechtsreife Tiere, als sogenannte Imagines, Lufttiere, ihre ganze Jugend verbringen sie im Wasser, ja selbst die Eier werden, von den Imagines unter Wasser abgelegt. Auch die Larven haben aber das Luftatembild (Tracheen) der Insekten, nur ist es ein geschlossenes Nahrungssystem, das seinen Sauerstoff aus sehr eierähnlichen Bege erhält. Die Larven besitzen nämlich im Mastdarm sonderbare lapidige Anhänge, die sehr dünne Wandungen aufweisen und von zahlreichen Lufttrüben durchsetzt sind. Der Mastdarm füllt sich mit Wasser und die im Wasser flottierenden Kiemen lassen durch ihre Wandung hindurch den Sauerstoff in die Tracheen eintreten. Wenn die Larve ihre endgültige Größe erreicht hat, bröckeln nach und nach an den Seiten des Insekts Stigmen (Luftlöcher) nach außen durch, die das Tier befähigen, seinen Sauerstoffbedarf durch unmittelbare Aufnahme der Luft in das Tracheensystem zu erhalten, man sieht sie dann erst färbere und dann immer längere Zeit an Schilfpflanzen oberhalb des Wasserspiegels ruhend sitzen, wo sie dann schließlich ihre letzte Häutung erleben, die aus der ungeschützten ungeschützten Larve ein prächtig schillerndes geflügeltes Insekt hervorzaubert. Am Sonntag und am Montag boten die Aquarien im Institutarium des Zoologischen Gartens dieses Schauspiel und heute sitzen wieder zwei Larven stummelnd oberhalb des Wasserspiegels, so daß das Ausschöpfen der Imagines jeden Augenblick erwartet werden kann.

Warnung vor dem Genuß und der Verwendung von Kohlen.

Von der städtischen Gesundheitsbehörde sind wiederholt zahlreiche Proben von Kohlen, teils aus der Erde, teils von anderen hiesigen Wasserläufen und Teichen in der Umgebung Dresdens, aus denen hauptsächlich der Stadt Eis zugeführt wird, entnommen und auf Reinheit und Weisheit untersucht worden. Diese Untersuchungen haben ergeben, daß das natürliche Eis, und selbst die am reinsten befindlichen Sorten, abgesehen von sonstigen Verunreinigungen, mehr oder weniger unzweifelhaft Naturprodukte sind und daß solches Eis in keinem Maße unbedenklich mit Nahrungsmitteln in unmittelbarer Berührung gebracht oder noch gar genossen werden darf. Denn wenn auch die darin enthaltenen geringen Keime höchstwahrscheinlich keine Krankheitserreger sind, so besitzen sie doch in der Hauptlage aus Fäulnisbakterien, die zu einer schmerzhaften Verdauung mit ihnen in Verbindung kommenden Nahrungsmitteln Anlaß geben. Sehr viele Sorten, und zwar sowohl die aus der Erde, als auch die aus Teichen in der Umgebung Dresdens entnommenen, enthalten unzweifelhaft faulnisbakterielle, die sich dem Wasser beigemengt hatten. Wie die Untersuchungen weiter gezeigt haben, erweitert sich auch die Annahme, daß das Eis, wenn es klar und rein erscheint, auch wirklich rein sein müsse und daher unbedenklich genossen werden könne, als irrig. Denn eine große Anzahl äußerlich sehr rein erscheinender Eisarten zeigte sich bei den Untersuchungen als sehr unrein. Es kann daher nicht genug vor dem Genuß von Naturis gewarnt und es muß angelegentlich die Verwendung von Kohlen empfohlen werden, daß, wie die Untersuchungen ergeben haben, vorzüglich rein und fast völlig kalkfrei, wie das reinste Quellwasser, war. Die Aufbereitung, Naturis nicht unmittelbar mit Nahrungsmitteln in Verbindung zu bringen, muß aus den oben angeführten Gründen um so dringlicher erfolgen, als bei herrschender hoher Temperatur veratembare Nahrungsmittel an sich schon sehr leicht der Verwesung anheimfallen und andererseits einwandfreies Naturis zu verhältnismäßig billigen Preisen am hiesigen Orte in hinreichender Menge käuflich zu erhalten ist.

Sausglöden.

Es liegt im öffentlichen Interesse wie im Interesse der Einwohnerschaft, daß sich in jedem bewohnten Grundstücke eine von der Straße aus zu läutende Sausglöde befindet. Damit innerhalb der Zeit, zu der die Häuser geschlossen sind, in Fällen drohender Gefahr, z. B. bei Feuergefahr, Gas- oder Wasseranströmungen, den Bewohnern so schnell als möglich Mitteilung gemacht und, soweit nötig, Hilfe gebracht werden kann. Das Feuerpolizeiamt erinnert daher wiederholt die Besitzer und Verwalter bewohnter Grundstücke an die Bekanntmachung, die Grundstücke mit einer von der Straße aus zu läutenden Sausglöde zu versehen und einer im Hause wohnenden Person das Deffnen der Haustür zur Pflicht beim Läuten der Glöde zu machen.

Stadtverordnetenkollegium. Auf der Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten am 25. Juni, abends 7 Uhr, stehen unter anderem folgende Punkte: Antrag der Herren Stadtverordneten Radtich und Genossen, betreffend die Verlegung der oberhalb der Friedrich-August-Brücke befindlichen Werkschleppbahn an eine Stelle oberhalb der Marienbrücke. — Schreiben des Rates, betreffend die Anträge, die der Ärztliche Bezirksverein Dresden-Stadt und der Geschäftsausschuß

der Dresdner Spezialärzte in ihren Aufschriften vom 17. September und 1. November 1913: a) auf Berechnung der Pflegekosten in den Krankenanstalten gegenüber den Krankenkassen nach den Selbstkosten ohne Wiederaufwand, b) auf Einhebung von Operationsgebühren gegenüber den Krankenkassen und c) auf Schaffung der Stelle eines besoldeten ärztlichen Mitgliedes, gestellt haben. — Verlesung einer Stabellverteilung zur Unterbringung der Mächtige der Abwasserreinigungsanlage in Vorstadt Raditz. — Der öffentlichen folgt eine geheime Sitzung.

Das diesjährige Kriegsbrückenfest des Pionier-Bataillons Nr. 12 findet zwischen Vorstadt Raditz und Stütz-Gauernitz statt. In der Zeit vom 30. Juni bis mit 6. Juli erfolgt der Bau der Pionierbrücken an der Raditzer Uferfähre; während dieser Zeit ist der Abstrom von morgens 7 Uhr bis mittags 1 Uhr, mit Ausnahme der Personendampfer, für den Schiffsahrtverkehr gesperrt. Am 7. Juli findet die Uebung in der Zeit von 10 Uhr vormittags bis 4 Uhr nachmittags zwischen der Raditzer Uferfähre und der Raditzer Maderedei und der Raditzer Niedergerholz in der Zeit von vormittags 8 Uhr bis 2 Uhr nachmittags statt. Den Abschluß des Pionierbrückenfestes bilden Uebungen im Kriegsbrückenfesten am 9. Juli von 7 bis 11 Uhr vormittags bei Niedergerholz und am 10. Juli von 3 Uhr morgens bis 11 Uhr vormittags zwischen Niedergerholz-Raumdorf und Stütz-Gauernitz. Die Frachtschiffahrt und Fährerei hat in der bei früheren Uebungen üblichen Weise rechtzeitig zu stellen.

Zoologischer Garten. Die täglich stattfindenden Vorträge werden von jetzt an wochentags um 6 Uhr beginnen und bis 10 Uhr ausgeht. Der Eintrittspreis wird von 8 Uhr an auf 30 Pf. ermäßigt.

Selbstmordversuche. Von der Marienbrücke aus sprang am Montag nachmittag der zweite Stube ein unbekannter Mann in die Elbe, konnte aber wieder herausgezogen werden. Der Lebensmüde, der vor dem Sprung in die Elbe ansehend auch noch Gift genommen hatte, wurde nach dem Krankenhaus Friedrichstadt gebracht. — Ferner versuchte ein 40 Jahre alter Fischer M. aus Verweilung wegen Arbeitslosigkeit gleichfalls von genannter Brücke aus den Tod in der Elbe zu suchen. Dieser Lebensmüde konnte von Passanten festgehalten werden.

Verunglückt. Der Straßenbahnfahrer H. von der Schandauer Straße geriet auf dem Volkswilhelmsbadhof beim Überfahren eines Wagens zwischen die Räder. Der Fahrer wurde durch die dabei erlittenen Verletzungen im Krankenhaus nach seiner Wohnung gebracht.

Das deutsche Handwerk (Dresden 1915). Die erste Serie der offiziellen Siegelmarken der Ausstellung: „Das deutsche Handwerk Dresden 1915“ ist erschienen und vom 1. Juli d. J. ab in allen Papiergeschäften zu haben. Den Großvertrieb hat der Edel-Verlag, Dresden 9, übernommen. Die Siegelmarken zeigen in zweifarbigen Druck Typen von 20 verschiedenen Handwerkern bei der Arbeit in der Werkstatt.

4. Kreis. Für die Genossinnen der inneren Neustadt und Bieschen-Trachenberge findet Donnerstag den 25. Juni, abends 9 Uhr, ein Diskussionsabend im Deutschen Haus, Strohpalmer Straße, statt. Die Tagesordnung ist sehr wichtig, und darum ist es Pflicht jeder Genossin, dort zu erscheinen. Die Neustädter Genossinnen treffen sich 8 1/2 Uhr am Bischofsplatz. D. V.

Gewerbegericht.

Der Malergehilfe Walther wurde zur auskömmlichen Beschäftigung vom Malermeister Diege angemommen und er behauptet, für diesen sieben Stunden gearbeitet zu haben, die er mit 4,48 M. bezahlt verlangt. Der Malermeister will nicht zahlen, weil die Arbeit zum Teil unbrauchbar gewesen sei und zum andern Teil quantitativ nicht dem geforderten Lohn entspreche. Der Kläger soll gelassen haben, statt zu arbeiten. Dieser macht für die mangelhafte Arbeit mangelhaftes Material geltend, gibt zu, daß er die Mängel auf sich selbst hat und behauptet, für sieben Stunden genügend Arbeit geleistet zu haben. Die verlassene Zeit hat er nicht mit berechnet. Der Beklagte war selbst vergleichsweise bereit, drei Stunden zu vergüten. Das Gericht war über die Meinung, daß die geleistete Arbeit in zwei Stunden hätte gemacht werden können. Walther erhielt daher nur 1,28 M. Lohn für den Tag und wurde im Übrigen mit seiner Klage abgewiesen.

Der Chauffeur Broch fordert von der Firma G. H. Schulz 480 M. Lohnentschädigung, weil er ohne Kündigung entlassen wurde. Der Kläger war bei der Firma gegen 200 M. Monatsgehalt in Stellung. Während sein Chef, der Herr Schulz, bereits war, erhielt der Kläger telegraphisch die Nachricht vom Ende seines Beschäftigungsverhältnisses. Er stellte ohne Urlaub am 17. März zu seiner Schwägerin, von dieser belästigt. Seine Frau entschuldigte sein Verhalten bei der Firma. Der telegraphisch hierüber benachrichtigte Kondukt Schulz schickte an, wenn der Kläger nicht am 25. März, wieder im Dienst sein sollte. Dies will die Firma auch der ihr allein erreichbaren Chef des Klägers mitgeteilt haben, was vom Kläger bestritten wird. Broch hat aber nicht am 25. März zurück, sondern erst am 15. April, als längst ein Nachfolger für ihn eingesetzt war. Er behauptet, der seiner Schwägerin krank geworden zu sein, kann aber hierüber nicht den erforderlichen Nachweis führen, da er nicht in ärztlicher Behandlung war. Die Klage auf Lohnentschädigung ist somit völlig ausfallslos, es haben der Kläger aber noch 67 M. Lohn für die nachträglich gewährte Urlaubszeit zu, gegen die die Firma mit Gegenforderungen aufrechnen will. In einem Vergleich auf Widerruf verpflichtete sich die Firma zur Zahlung des Restlohnes. (Vorheriger: Gewerbeschlichter Dr. Hängsle. Unternehmer-Beisitzer: Baumröder, Rothemüller und Malermeister Robert. Arbeiter-Beisitzer: Maurer Trost und Walter Pittich.)

Aus der Umgebung.

Coschütz. Gittersee, Burgl. Kleinnaundorf und Jischiedge. Den Genossinnen zur Kenntnis, daß nächsten Freitag, abends 9 Uhr, im Gasthof Gittersee ein Diskussionsabend stattfindet. Um zahlreichen Besuch wird gebeten.

Coschütz. Morgen (Donnerstag) abends 7 1/2 Uhr findet im Rathaus öffentliche Gemeindevorstellung statt.

Birgitz. Donnerstag den 25. Juni, abends 8 Uhr, öffentliche Gemeindevorstellung.

Debritz. Morgen Donnerstag den 25. Juni, abends 8 Uhr, öffentliche Gemeindevorstellung im Gasthof. Die Tagesordnung ist sehr wichtig, da die neuen Steuerrollen zur Beratung stehen. Es sollte kein minderbemittelter Einwohner im eigenen Interesse veräumen, an den Verhandlungen teilzunehmen.

Votschappel. Morgen Mittwoch, 7 1/2 Uhr, Gemeindevorstellung. Die Arbeiterschaft wird ersucht, durch Besuch der

Sitzungen ihr Interesse für unsere Gemeindeangelegenheiten zu bekunden.

Hohmannsdorf, Gemeinderatsbericht. Ein Besuch des Pastors v. Hodelschwingh um Unterstützung für ein Arbeitsheim wurde abgelehnt. Bewilligt wurden über 300 M. Starkkosten für Langenfranke. Ein Baugesuch der Baugenossenschaft wurde unter den üblichen Bedingungen bewilligt. Den geplanten neuen Wohnungen konnte der Gemeinderat allerdings nicht zustimmen, sondern man einigte sich auf die Befürwortung von acht Wohnungen. Auf eine Eingabe des Herrn Meier wurde beschloffen, an dessen Grundstück entlang ein Schnittgerinne auszuführen zu lassen. Die Arbeiten sollen dem Steinmetzmeister Möbius zum Preise von 180 M. übertragen werden. Wirtschaftsbetriebe Diege im Ostteil B ersucht um Anschluß an die Wasserleitung. Diesem Gesuch wurde auf Grund des geltenden Regulativs entsprochen werden. Die Kosten hierfür betragen gegen 900 M. Die ersüßlichen Lagen wurden wie im Vorjahre festgesetzt.

Burgwitz, (Gemeinderatsbericht). Die zweite Lesung des Gemeindesteuervergesetzes fand statt. Es werden erhoben 33 1/2 Prozent vom Grundbesitz und 66 2/3 Prozent vom Einkommen. Die Steuerbefreiungen steigen nicht mehr von 100 zu 100 M., sondern sind der Höhe der Staatssteuer an. Personen unter 400 M. Einkommen bleiben steuerfrei. Auch kommen schulpflichtige Kinder mit den Sägen der Staatssteuer in Anrechnung. Für jedes Kind sind 50 M. abzuziehen und bei drei Kindern tritt Ermäßigung um eine Steuerklasse ein. Sind Chemann und Ehefrau steuerpflichtig und ist ihr Einkommen höher als 2400 M., so werden sie nach ihrem Gesamteinkommen versteuert, auch wenn Gütertrennung besteht. Unsere Vertreter legten durch, daß in den Fällen, in denen beide Ehegatten auf Arbeit gehen und dadurch Ausgaben für die Uebernahme der Kinder oder ähnliche Ausgaben entstehen, bei der Einklassung darauf Rücksicht genommen wird. Der Gemeindesteuertarif weicht vom Staatstauertarif etwas ab. Erhöhen werden in Klasse Ia 2 M., in 25 M., in 38 M., in 4 1/2 M., in 5 1/4 M., in 6 1/8 M. usw. Nach der Probeeinklassung müssen ungefähr von diesen Sägen 75 Prozent erhoben werden. Wegen des Fehlens der höheren Einkommen in unserer Gemeinde mußte vom Staatstauertarif abgesehen werden. 129 Personen in unserer Orte haben ein Einkommen von 500 bis 600 M., 1900 bis 2000 M. verdienen 13 Personen, 2200 M., 7 Personen, 2500 M., 5 Personen, und nun in jeder Steuerklasse höchstens eine Person und bei 5300 M. hört es ganz auf. Besitzwechselgaben werden erhoben von 100 M., 75 Pf. Sämtliche Einnahmen fließen in die Gemeindekasse und von dieser werden alle Ausgaben nach Bedarf gedeckt. Es entschied durch eine Vereinfachung der Geldsätze. Die ortsüblichen Löhne für die Jahre 1915 bis 1918 sollen für Personen unter 14 Jahren 70 Pf., bis 16 Jahren für männliche 1,40 M., weibliche 1,30 M., bis 21 Jahren 2,60 M., und über 21 Jahren 3,50 M. und 2,30 M. betragen.

Madeberg. In der Montagnacht wurden auf dem Reudau in der Laiststraße mehrere Steinwürfel umgeworfen. — Gefunden wurde und auf hiesiger Polizeistation abgegeben eine Brosche und ein kleiner Geldbeutel. — Auf der Elbstraße stürzte ein Radfahrer und zog sich mehrere Verletzungen zu. Die Schuld dürfte dem Radfahrer selbst zuzuschreiben sein, da er den Berg herabfuhr ohne die Verhältnisse zu bemerken.

Gerichtszeitung.

Oberlandesgericht.

„Ein hartes Bild!“

Am 24. Juni 1913 fand befanntlich in Frankfurt a. M. der 4. Bundestag der Sängervereine statt. Die Bundestagung wurde unter dem Protektorat des Reiches, als Bundestagung der Deutschen Sängervereine, am 24. Juni 1913 im Reichstagssaal in Berlin abgehalten. Die Bundestagung wurde durch die Reichskommission, die nach dem Reichstagssaal in Berlin abgehalten wurde, geleitet. Die Bundestagung wurde durch die Reichskommission, die nach dem Reichstagssaal in Berlin abgehalten wurde, geleitet. Die Bundestagung wurde durch die Reichskommission, die nach dem Reichstagssaal in Berlin abgehalten wurde, geleitet.

Ende April 1913 hatte der Musikalienhändler Guder beim Hoftheater der Süddeutschen Sängervereine, Herrn Wädling, Mitteilung von dem Verhalten Wohlgemuths gemacht und ihn um Veröffentlichung einer beigefügten Notiz gebeten. G. hatte dabei seinen Zweifel darüber geäußert, daß H. auf nicht anstandslos Weise in den Besitz der Partitur gelangt sein konnte. Nachdem sich H. auf dem Sängerkongress in Frankfurt mit einer Reihe maßgebender Persönlichkeiten über die Angelegenheit unterhalten und überall eine Verhöhnung der Wichtigkeit der ihm eingehenden Notiz erhalten hatte, veröffentlichte er letztere in seiner Zeitung, immer er sie noch mit einem Vor- und einem Nachwort versehen. Der Artikel trug die Überschrift: „Ein hartes Bild“ und sprach von Wohlgemuths trübselig als von dem gewaltigen des Deutschen Sängerbundes, der frisch und frisch ein Musikwerk schreibe und trotz seiner Gehaltszahlung schon seit Wochen „fleißig“ embe. Es sei einfach unverständlich, was der Bundestag mit dieser Entlassung bezwecke habe. Nebenfalls sollte sich ein so bekannter und an hervorragender Stelle stehender Chorleiter nicht zu solchen Behauptungen hergeben. Das eiserne Bild Guderens Wohlgemuths habe in Sängerkreisen verächtliches Aufsehen erregt.

Durch diesen Artikel hätte sich Wohlgemuth beleidigt, weshalb er seinen Kollegen Wädling verklagte. Der Angeklagte nahm den Schutz des § 198 für sich in Anspruch; er habe in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt. Das Schöffengericht verurteilte ihn aber zu 75 M. Strafe. Dem Privatkläger sei zum Vorwurf gemacht worden, daß er sich durch einen Vertrauensbruch in den Besitz der Partitur gesetzt habe. Ob sich der Privatkläger wirklich eines Vertrauensbruchs schuldig gemacht habe, sei, so sagte das Schöffengericht, nicht festzustellen, es komme aber auch gar nicht darauf an, denn selbst die objektive Unwahrheit setze unter dem Schutze des § 198. Der Angeklagte habe in gutem Glauben gehandelt, aber in der Form gefehlt. Er habe nicht bloß die Angelegenheit sachlich vertrieben, sondern den Privatkläger vor der Öffentlichkeit als einen verächtlichen Menschen hingestellt. Der Angeklagte sei gewiss nicht leichtfertig vorgegangen, sondern er habe sich an zuverlässiger Stelle erkundigt, deshalb hätte er auch auf dem vermeintlichen Vertrauensbruch vor der Öffentlichkeit hingewiesen dürfen, allein der Angeklagte habe sich nicht auf eine sachliche Kritik beschränkt. Die Wendungen in dem Artikel ließen eine Beleidigung

absicht er
Verurteilung
Es wurde
geurteilt
Dresden
Revision
insolge d
zu fähren
Die
die Beie
tieferen
Gebl.
besitz
Röße der
Vorjahr
das Gebl
legenheit
begeben
Während
som ein
Gaufe be
war alle
Räume.
M. mit d
geld. für
über 300
Krogen
traffen.
Dresde,
berühmt
hohem Ma
Diebstahl
teilt. Bei

Gewe

Die
beschäftig
Wahlmänn
Wir wärd
Anträgen
Zertosa“
er
Juni
Vrenen un
getan, der
Beitritt d
bünde zu
erlaubt, in
Jerna
vorhanden
wünschend
der Freize
tragen und
des Realit
nieler Res
Sängerkong
zu bekunde
beschäftig
Die
werdend
radegu un
unter dem
im Staats
Zertosa
gerieten in
hat Proff
eminente
demokrat
möglichen
tigen werb
Anschluß
fratlichen
Die
Wir
lichkeit un
dafür biete
gewerksch
heiter fragt
Wünsch
Strafmittel
noch mehr
zu denken
als
Nacht
freige
auch die
korrumpie
die
stellt werden
außerhalb
Die
die schließ
Geschäfts
getrenn
Verban

Pa ur
holen der
mit auf, M
Lagen an
Vertrag so
außerdem
ein ander
setzen.
Was
Zertosa
„Arbeit“
Selbstsch
setzung nat
Preisfahre
stelt werden
den
Anzeige
nicht

Pa ur
holen der
mit auf, M
Lagen an
Vertrag so
außerdem
ein ander
setzen.
Was
Zertosa
„Arbeit“
Selbstsch
setzung nat
Preisfahre
stelt werden
den
Anzeige
nicht

absicht erkennen. Nachdem eine dagegen beim Landgericht eingelegte Berufung erfolglos geblieben, legte der Angeklagte Revision ein. Es wurde Berufung des § 188 gerügt. Die Vorinstanz hätte sagen müssen, welchen sachgemäßen Auspruch der Angeklagte an Stelle des gebrauchten hätte anwenden müssen. Das Oberlandesgericht in Dresden verwarf aber das Rechtsmittel als unbegründet.

Landgericht

Zwei jugendliche Einbrecher. Der 23jährige Arbeiter Karl Gustav Görsch und der 19 Jahre alte Zeichner Willi Blum aus Berlin lernten sich auf einem hiesigen Tanzsaal kennen. Beide waren arbeitslos und ohne Geld. G. hatte vorher in einer Buchhandlung gearbeitet und besaß infolgedessen dort Sozialkenntnis. Er suchte, daß in der Nähe der Eingangstür zum Geschäftsfloß im ersten Stock der Vorfaßschlüssel hing. Am Vormittag des 20. April ging W. in das Geschäft, holte sich einen Katalog und brachte bei dieser Gelegenheit den Vorfaßschlüssel mit. Am Abend kurz vor 9 Uhr begaben sich beide in das betreffende Haus in der Hauptstadtstraße. Während W. die Tür öffnete, ging G. einige Stufen höher, da kam ein Mädchen herunter und G. schrie mit um. Er ging zum Hause heraus, während W. das Haus verließ und W. mit dem Schlüssel öffnete. Darauf hat er 220 M. Barggeld, 119 M. Briefmarken, drei Wechsel und eine Leinwand mit 2000 M. Er verließ sich dann im Hause, bis es am nächsten Morgen geöffnet wurde. Seinen Kollegen hat er nie wieder getroffen. Die Wechsel und die Leinwand hat er an seine eigene Adresse, Berlin, postlagernd, geschickt. Die Briefmarken wurden beschlagnahmt und das Geld verbracht. Beide Angeklagte waren in hohem Umfange geschädigt und wurden wegen gemeinschaftlichen Diebstahls §. 24 und 25 zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Bei beiden gilt ein Monat der Strafe als verflücht.

Gewerkschaftliche Arbeiterbewegung. Freigewerkschaftlicher "Terror" und gelber Terrorismus.

Die Kreuzzeitung, die eifrig nach allen Ausflüssen des gewerkschaftlichen Terrors fahndet, hat zu diesem Zwecke auch die zum Reichert Gewerkschaftsverbande eingetragenen Anträge durchgearbeitet. Mit wütendem Gefolge fällt sie über die geringe Ausbeute von zwei Anträgen her, in denen sie solche "Ausflüsse des gewerkschaftlichen Terrors" erblickt.

Man sieht, der Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften ist in merkwürdiger Weise, und es ist geradezu unerhört, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaften sich unter dem Schutze des gegenwärtigen Rechtsstandes zu einem Staat im Staate aufbauen können. Es ist die höchste Zeit, daß dem Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften entgegengetreten wird. Auf der Tagung der Gesellschaft für soziale Reform hat Professor Krieger ausgedrückt, die Gewerkschaften hätten eine eminente Reformbedürftigkeit. Wie die Reformarbeit der sozialdemokratischen Gewerkschaften aussieht, beweisen die oben erwähnten Anträge, die den Minderen Gewerkschaftsverbande beschließen werden und im Grunde genommen nichts sind als der Ausschlag des gewerkschaftlichen Terrorismus, der die sozialdemokratischen Gewerkschaften regiert.

Wir können der Kreuzzeitung den Schmerz über die Unzulänglichkeit unserer Gesetzgebung nicht wehnen, die immer noch keine Handhaben dafür bietet, jeden der einen anderen zum Eintritt in eine freigewerkschaftliche Organisation auffordert, und jeden der einen Arbeiter fragt, ob er organisiert sei, ins Buchhaus zu gehen. Den Wünschen der Kreuzzeitung würden freilich die mittelalterlichen Strafmittel des Galgens und Rades gegen solche Schwerverbrecher noch mehr entsprechen. Aber daran ist heute leider noch viel weniger zu denken als ans Buchhaus.

Natürlich dürften sich solche Suchtaugnisse nur auf die freigewerkschaftlichen "Terroristen" beziehen. Denn wenn auch die der Kreuzzeitung sehr nahestehenden konservativen Wahlterroristen, die Terroristen im gelben Lager usw. diesen Gesetzen unterstellt werden sollten, dann müßten alle Buchhändler der Welt nicht ausbrecheln, um sie aufzunehmen.

Die Frage ist im Lager der Weissen, über die die Kreuzzeitung die schändlichen Fittiche dreht, terrorisiert wird, leidet folgendes Schicksal, das kürzlich noch unserem hiesigen Parteiblatt originalgetreu veröffentlicht wurde:

Verband nationaler Handwerksgehilfen und Arbeiter. Hamburg 5. Jetzt Vorgefährte 5. Hamburg, den ... Mai 1914.

Pa unser Verbandstätter diverse Male vergeblich zum Wahlen der Mitgliederbeiträge bei Ihnen war, fordern wir Sie hiermit auf, Ihre rückständigen Beiträgen (4 M.) innerhalb drei Tagen an unser Bureau einzuliefern, andernfalls wir den Betrag sofort dem Herrn Arbeitgeber einziehen werden und außerdem denselben betraffen lassen, Ihren Namen durch ein anderes Mitglied unseres Verbandes zu belegen.

Schachtdorf. Verband nationaler Handwerksgehilfen und Arbeiter. Hamburg 5. Vorgefährte 5. J. A. Will, Gehilfe, Schriftführer.

Was sagt wohl die Kreuzzeitung zu diesem wirklichen Terrorismus, der ganz offen mit Bedrohungen und Erpressungen "arbeitet"? Wenn ein solcher Brief von dem Funktionär einer freien Gewerkschaft herrührt, gedrückt der arme Schächer nach der Kreuzzeitung natürlich ohne weiteres ins Buchhaus. Dem gelben Briefschreiber müßte dagegen nach einer entsprechenden Bedrohung und Erpressung in selbstverständlicher in den Augen der Kreuzzeitung mit ihrem feinen Rechtsverständnis und Gerechtigkeitsinn nicht anders als eine lobenswerte nationale Tat!

Aus der Umgebung.

Verhandlung des Form- und Gießereistills in Döhlen. Kurz nach der Aufhebung der Aussperrung in der Sächsischen Gießereifabrik in Döhlen wurde jetzt auch der Streik der Form- und Gießereiarbeiter mit einem Erfolge der Stillenden beendet.

Inland.

Verhandlung zwischen Christlichen und Gelben? Weil der Kruppische "Werberverein" eine falsche Nachricht gebracht hatte, daß ein Wirt in Offen im Reichsland einen jungen Arbeiter vor dem gelben Werberverein gewarnt habe, protestierten die katholischen Arbeiter in einer großen Versammlung dagegen. Trotz temperamentvoller Diskussion, an der sich die Sekretäre der Gelben beteiligten, brachte die Versammlung doch nicht den Mut auf, einschleichen gegen die Gelben zu nehmen; eine einstimmig angenommene Entschließung wünscht und erwartet, daß von der Gegenseite ein Weg zu einer sozialen Verständigung im Interesse des Friedens gefunden werde. Die katholischen Arbeiter beanspruchten, daß volle Recht und die volle Freiheit, mit wirtschaftlichen und sozialen Grundsätzen des Systems der Werbervereine zu streifen und ihre Mitglieder in allerhöchster Weise auf die christliche Werbervereinsbewegung hinzuwirken.

Diese Entschließung ist sehr interessant als Symptom dafür, daß sich eine Annäherung zwischen Christlichen und Gelben, die ja zweifellos sehr viele Berührungspunkte haben, vorbereitet.

Verbandung der katholischen Arbeitervereine Deutschlands.

Am Sonntag und Montag hielten die katholischen Arbeiter- und Knappenvereine Deutschlands in Rheinland-Westfalen ein Drittel der katholischen Arbeiter angehören sollen, ihren 10. Verbandstag ab. Dem Verbande gehören 1913 1210 Vereine mit 220 220 Mitgliedern an, von denen 55 000 oder 25 Prozent gewerkschaftlich organisiert sind. Die Tagung nahm Anhang an: gegen den wachsenden Bedarf der Schulbücher, gegen die Schulbuchpreise und für die soziale Studentenarbeit. Von besonderer Wichtigkeit ist das offizielle Eingeständnis des Verbandes, daß die Reichsvereinsordnung unzulänglich sei. Eine Entschließung erklärt die Willen- und Willensverletzung angeht, der dafür erhobenen hohen Beiträge wie aus volkswirtschaftlichen Erwägungen heraus für ungenügend, verlangt die Herabsetzung der Altersgrenze auf 16 Jahre und beantragt den Verbandsvorstand, eine Sachverständigenkommission einzusetzen, die in Verbindung mit dem Ausschuss des schweizerischen Arbeiterkongresses den geeigneten Vorschlägen über den Verbandsvorstand vorzutragen soll.

Stille händlicher Arbeiter.

Bei Beratung und Festsetzung des Haushaltungsberichts der Stadt Rastatt wies ein Herr auf die Entlohnung und Arbeitszeit der händlichen Arbeiter hin. Die Arbeitszeit beträgt wöchentlich 78 Stunden. Von 200 Arbeitern erhielten 30 Arbeiter ein einmal den üblichen Tagelohn, und das sind Arbeiter, die fast 8, 10 und 30 Jahre im Dienste der Stadt stehen. Solche Zusammenhänge müßten berücksichtigt werden. Die Stadtverwaltung wird betraut werden, hier Reformen zu schaffen.

Verbindung des Kaiserreichs in Pöhlens.

Der Streik der Maler und Anstreicher in Pöhlens wurde jetzt nach einer Dauer von acht Wochen beendet. Es gelang zwar nicht, einen vollen Erfolg zu erzielen, aber inwiefern wurde ein ganz bedeutender Teilerfolg erzielt, indem mit 35 Unternehmern mit 150 Gehilfen Sonderverträge abgeschlossen wurden. Der Verband der organisierten Unternehmer konnte deshalb nicht ganz gebrochen werden, weil die Konjunktur nach Wagnis im Malereigewerbe, besonders im Rheinland, erheblich zurückgegangen ist. Inwiefern haben die organisierten Unternehmer den Tarif überlassen, während noch zum Bestehen wurden, die vor dem Streik etwa 70 Gehilfen beschäftigten.

Bei dem Kampf handelte es sich weniger um die Höhe des Lohnes (die bestellten Unternehmer hatten den geforderten Lohn von 50 Pf. dieses Jahr und 51 Pf. nächstes Jahr bereits bewilligt), als um die Abschließung eines Tarifs, den die Unternehmer strikte ablehnten.

Russland.

Aus der russischen Arbeiterbewegung. In Waku hat sich die Streiklage in den letzten Tagen verschärft. 150 Arbeiter wurden verhaftet, meist angeblich mehrfach Aufreißungen und Sabotageversuche vorgenommen sein sollen. In Petersburgs wurden gestern nach der Frankfurter Zeitung am Montag 10 000 Arbeiter zum Protest gegen die Verurteilung der Rechtsanwälte, die gegen den Ritualprozeß Einspruch erhoben hatten.

Sandarbeiterstreik in Anhaltsen.

In Anhaltsen ist ein Streik der Sandarbeiter ausgebrochen, der jeden Tag an Ausdehnung zunimmt. Die Zahl der Streikenden beläuft sich auf 3000. Im Laufe der letzten zwei Tage wurden über 100 Streikende verhaftet, weil sie tätliche Angriffe auf arbeitende Sandarbeiter verübt haben sollen.

Parteiangelegenheiten.

Eine Umfrage.

Die Kreuzzeitung veröffentlicht folgende Notiz: Auf den letzten Bahntagen der Berliner Sozialdemokraten lag ein dem Reichstagsrat betreffender Fragebogen zur Beratung und Beschlußfassung vor; derselbe hatte folgenden Wortlaut:

Formular 8. Berlin, den ... Juni 1914. Werte Genossen! Durch die bekannte Rede des preussischen Ministers des Innern v. Loebell im Abgeordnetenhaus ist in der Partei die Diskussion über den preussischen Wahlrechtskampf wieder in Fluss gebracht worden. Auf Grund dieser Tatsache wurde in der letzten Reichstagskonferenz der Weimarer Reichstag über die Genossen im Juni-Jahresbericht über das Thema: "Der Wahlrechtskampf in Preußen" beschäftigt, um die Stimmung der Mitglieder kennen zu lernen. Wir bitten deshalb die Genossen, sich mit dieser Angelegenheit zu beschäftigen und die gestellten Fragen gewissenhaft zu beantworten. Es erscheint uns ratsam, wenn der Inhalt des Fragebogens vor Beginn der Diskussion bekanntgegeben wird. — Der Vorstand.

Abteilung Nr. ... Bezirk ... Wieviel Mitglieder sind anwesend? ... Sind Sie für Fortführung des preussischen Wahlrechtskampfes? a) Für Versammlungen und Demonstrationen? ... b) Wieviel stimmen dafür? ... c) Wieviel dagegen? ... d) Glauben Sie unter den jetzigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen es für möglich, einen politischen Reformkampf durchzuführen? ... e) Wieviel stimmen dafür? ... f) Wieviel dagegen? ... g) Sind Sie auch bereit, die in und aus diesem Kampfe sich ergebenden Konsequenzen zu tragen? ... h) Wieviel stimmen dafür? ... i) Wieviel dagegen? ... Wir erlauben, diesen Fragebogen so schnell wie möglich dem Bureau, Straßener Platz 24, übermitteln.

Die Nürnberger Parteiorganisation

besprach in einer Versammlung, die sich mit dem bayrischen Parteitag befaßte, auch die Frage der sogenannten "Repräsentationspflichten". Die Versammlung sagte keinen Beschluß, stimmte aber den Rednern, die sich gegen die Übernahme von Repräsentationspflichten wandten, nahezu einstimmig zu. Auch die Frage der Abonnementversicherung wurde berührt und die Erwartung ausgesprochen, daß der Parteitag Klarheit schafft, nachdem ein bayrisches Parteiblatt die Abonnementversicherung, die bisher von der Partei stets entschieden bekämpft und verworfen wurde, eingeführt hat.

Da bei den im Herbst stattfindenden Gemeindevahlen unsere Partei voraussichtlich die Mehrheit oder eine die Mehrheit fast erreichende Vertreterzahl erlangen wird, wodurch die Verantwortlichkeit und die Arbeitslast unserer Vertreter bedeutend wachsen werden, wurde die Anstellung eines Fraktionssekretärs beschlossen und in diesem Amt der Gemeindevollmächtigte Genosse Biermann gewählt.

Aus den Organisationen.

Der Kreisstag des sozialdemokratischen Vereins für den Kreis Wittenberg-Schweinitz stimmte einer Resolution zu, die das Eigenbleiben der Fraktion begrüßt und das Verhalten der Genossen mißbilligt, die durch unnütze Polemik zur Zeit klimmsten reaktionären Aesettreibens der Reaktion Wasser auf ihre Mühlen leiten.

Die Kreisversammlung des Kreiswahlvereins Götting-Lauban stellte einstimmig den jetzigen Reichstagsabgeordneten Genossen Paul Laubadel wieder als Reichstagskandidaten auf.

Aus aller Welt.

Vom Schlachtfeld der Arbeit.

Hamburg, 23. Juni. Auf der Gewerkschaft "Deutscher Kaiser" ereignete sich heute ein schwerer Unfall. Der Führer der Fabrik in Folge Seilbruchs ab, dabei er mehrere Verletzungen erlitt. Der auf dem tiefsten Gerüst arbeitende Bergmann wurde zu einer formlosen Masse zerquetscht.

Friedrichshafen, 23. Juni. Wie sich nachträglich herausstellte, hat der gestrige Unfall auf dem Bodensee ein wesentlich größeres Unglück verursacht, als zuerst angenommen worden war. Insgesamt wurden 30 Fischer vermisst. Bisher sind 10 Leichen geborgen worden.

Neuhort, 23. Juni. Ein furchtbares Unglück ereignete sich beim Bau der Untergrundbahn in Neuhort (Neuhort). In einer im Ausbachtungen begriffenen Stelle hatten Arbeiter eine Holzdecke errichtet, auf der die Lastwagen verfahren, um mit den abgegrabenen Sandmassen beladen zu werden. Durch zu große Belastung stürzte die Decke ein und riß einen ungeheuren Kran mit sich in die Tiefe, wo fünfzig Arbeiter beschädigt waren. Diese wurden zum Teil zerschmettert, zum Teil durch nachstürzenden Sand und Steine getötet oder schwer verletzt.

Unwetterkatastrophe in Südböhmen.

Kanton, 23. Juni. Dammbrüche und Ueberflutungen von bisher unerreichter Schwere vernichteten die Reisernne Anbautungen. Die Zahl der Ertrunkenen wird auf über zehntausend geschätzt.

Verhaftung wegen Landbesitzes.

Berlin, 23. Juni. Die Nachricht von der Verhaftung eines Schreibers einer Bergbauverwaltung wegen Landbesitzes wird dem hiesigen Telegraphen-Bureau am amtlichen Stelle als zutreffend bezeichnet. Der Verhaftete soll Pläne einer am der Grotte gelegenen Festung einer auswärtigen Macht übermitteln haben. Die Behörden behaupten vorläufig das größte Geheimnis in der Angelegenheit, da die Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist und man der Ansicht ist, daß eventuell noch weitere Personen als Mittäter in Frage kommen.

Fließberggruben in Berlin.

Berlin, 24. Juni. In der Steglitzer Straße und einigen Nebenstraßen wurden gestern bei etwa 25 Personen Fließberggruben-Ercheinungen festgestellt, die vermutlich auf den Genuß von Schinken zurückzuführen sind. Nach dem Befund der Ärzte besteht keine Lebensgefahr für die Erkrankten.

Eine Katastrophe beim Weinlegen.

Reims, 23. Juni. Heute morgen entstand bei einer Hebung im Weinlegen im Fort Vith des Reims eine Erdbebung, die, wie man befürchtet, mehrere Personen begraben hat.

Reinverkaufspreise für Fleisch und Fleischwaren in Dresden.

Table with columns: Rühre Bezeichnung, Preis für 1/2 kg (31. Juni 1914, Ende Mai 1914, Ende Mai 1913). Rows include Rindfleisch, Kalbfleisch, Hammelfleisch, Schweinefleisch, etc.

Anmerkung. Es verstehen sich: der niedrigste Preis für Fleisch mit Zulage, der höchste Preis für Fleisch ohne Zulage.

Deutscher Transportarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Dresden.

Unsere Mitglieder zur Kenntnis, daß der Kollege
Karl Uhlemann, Kutscher
nach längerer Krankheit verstorben ist.
Die Beerdigung erfolgt Donnerstag nachmittag 2 Uhr auf
dem Söbner Friedhof. [V 109]

Im Krankenhaus verstarb der Kollege
Friedrich Domaschke, Droikofenführer
im Alter von 68 Jahren.
Die Beerdigung erfolgt am Freitag nachmittag 1/4 Uhr
auf dem Söbner Friedhof.
Wir erlauben durch zahlreiches Beisein die Verstorbenen
zu ehren. Die Verwaltung.

Aus Anlaß des Todes unseres Sohnes
Martin Gerber

sind uns von allen Seiten Beweise aufrichtiger Teilnahme in
reichtem Maße zugegangen. Wir sprechen hierfür unseren tief-
gefühltesten Dank aus. [B 1062]
Dresden, am 24. Juni 1914
Oskar Gerber und Frau.

Überburt der traurigen Nachricht, daß mein lieber Gatte,
unser Vater, der Gatte
Karl Hermann Schwarz

nach langem schwerem Leiden heute früh 3 1/4 Uhr sanft ent-
schlafen ist. [B 1042]
Dresden-N. 24. Juni 1914, An der Dreifünfsstraße 6.
Die trauernden Hinterbliebenen **Marie verw. Schwarz nebst Kindern.**
Die Beerdigung findet Freitag nachmittag 8 Uhr von der
Halle des Annenfriedhofes in Söbner statt.

Am 23. Juni, früh 3 1/4 Uhr, entschlief nach langen schweren
Leiden meine liebe, gute Gattin, meine Mutter, Tochter u. Schwester
Anna Helene Herberg geb. Masche

im 58. Lebensjahr. Um stille Teilnahme bitten in tiefer Trauer
Georg Herberg, im Namen der Hinterbliebenen.
Dresden-Söbner, Kriegerstraße 11, I.
Die Beerdigung findet Freitag den 26. Juni, nachmittags
2 Uhr, im Krematorium zu Tolkewitz statt. [K 107]

Zurückgeführt vom Grabe meines lieben Mannes, unlers so schnell
von uns gegangenen guten Vaters, Schwagers, Schwiegers- und
Großvaters
Sermann Günther

sagen wir allen unseren wärmsten Dank, besonders Dank
seinen lieben Freunden, sowie dem Personal im Rgl. Grabamt
und den treuen Mitgliedern des Angehörigen „Gut Vork“
für die liebevolle Teilnahme sowie Blumenpende. [B 1048]
Selma verw. Günther nebst Kindern.

Für die vielen Beweise inniger Teilnahme und den
überaus reichen Blumenbesuch beim Heimzuge unseres lieben
Gatten, Vaters, Schwiegers- und Großvaters
Sermann Oswald

unseren herzlichsten Dank, besonders Herrn Harter Dr. Apfelstedt
für die trostreichen Worte am Grabe.
Leubnitz-Neustadt, Leubnitzer Straße 14.
[K 894] Die trauernden Hinterbliebenen.

Saubere Frau

zweimal in der Woche nachmittags
geübt. Näb. Krenkestr. 20, 4. u.
von 4 bis 6 Uhr.

Wänel-Bäckerin

trüch angenommen bei
Tränkner, Teubener Straße.
60 Büfettts
in Ruhe, Eiche
und Zinit, von
65.- Mk. an
am Lager.
**Tränkners
Möbelhaus**
Gärtner Str. 21/23.

**Zimmer zu vermieten auf
Sommermonate in Ockerau,
Am Schützenberg Nr. 10. [K 235]**

Saufauschlag

besteht. Dies beständig E. Brücker,
Freiburg. **Serba-Setze** à Stück
50 Pf., 30%, verstelltes Präparat
1.- Mk. Zur Nachbehandlung
Serba-Gewebe à Tube 75 Pf., Glas-
dose 1.50 Mk. Zu haben in den
Apotheken, Drogerien und Par-
fümerien. [A 187]
Strickmaschine billig zu verk.
Bismarckstr. 39, ptr., Pöhlme. [B 1047]

1 50 Zähne 2 00 Mk
ohne Extraberechnung
der Kautschukplatte.
Unter 10jähriger reeller schriftlicher Garantie für Haltbarkeit,
d. h. im Falle einer Reparatur wird dieselbe während dieser Zeit kostenlos aus-
geföhrt.
Bei Bestellung von künstlichen Zähnen kostenloses Zahnziehen (ohne
Betäubung).
Meine **Zahnersatzstücke** erfüllen nicht nur den kosmetischen
Zweck, sondern sie sind auch bei unregelmäßigen Kieferverhältnissen zum
Kauen brauchbar, was für Magenleidende sehr notwendig ist.
Schlechte, abgebrochene, vereiterte Zähne und Wurzeln,
welche durch Plombierung nicht mehr erhalten werden können, entferne ich ohne
Chloroform in den meisten Fällen
vollständig schmerzlos à 1 Mark.
Diese Methode empfiehlt sich auch für **nervöse** und **herzleidende**
Patienten, und der beste Beweis für die vorzügliche Wirkung meines Mittels ist,
dass bei manchen Patienten bis 20 Zähne oder Wurzeln in einer Sitzung voll-
ständig schmerzlos entfernt wurden.
Reparaturen und Umarbeiten nicht passender Gebisse billigt
und sofort. **Nervtöten 1 Mark.**
Kostenlose Untersuchung des Mundes und Preisanschläge.
Zahnpraxis „Ideal“
Inh. **M. Kroboth, Viktoriastrasse 16, I.** [A 134]
Sprechzeit 8-8, Sonntags 9-2 Uhr.
Auswärtige Patienten werden möglichst in einem Tage behandelt.

Vereine
kaufen ihre
Lotteriegewinne u. sämtl. Artikel
sehr vorteilhaft im [B 1041]
Kaufhaus Steinhart
Wittenberger Str. 28 (Ecke Tilmannstraße)

Fahrräder
1 Jahr Garantie, mit Gummi,
28, 45, 50, 65, 75 bis 150 Pf.
Damenräder 48, 65 b. 135 Pf.
Mäntel, 1.50, 1.75, 2.00, 3.00,
mit Garantie 3.75, 4.50
5.50 bis 12.- Pf.
Gebirgsreifen, 8.00, 3.75, 4.50,
5.50, 6.25, 8.00,
Schläuche, 1.50, 1.90, 2.50,
3.00, 3.50 b. 5 Pf.
Cellaternen 0.75, 1.20 b. 5.75 Pf.
Reifenlat., 1.15, 2 bis 10 Pf.
Behälter, Paar 1.25, 1.80 b. 6.- Pf.
Luftpumpen 0.25, 0.35 b. 1.50 Pf.
Reifenpumpe, 0.50, 0.75, 1 b. 4.50 Pf.
Gummirollen, 0.40, 0.60, 1 b. 12 Pf.
Reifenrollen, 0.35, 0.45 b. 3 Pf.
Radschläuche 0.45, 0.75, 1 b. 5 Pf.
Verteilmäntel 1.85, 4.50 b. 12 Pf.
Vertikalen 1.50, 2 bis 5 Pf.
Reise-Taschen, 0.25 b. 2.75 Pf.
Glocken 0.15, 0.30, 0.40 b. 1.50 Pf.
Reifen 1.25, 1.80 bis 6.50 Pf.
Roschühler, Paar 0.60 b. 1.50 Pf.
Rohradhänder 0.40 bis 1 Pf.
Prima Karbid, 68 Pf. u. 40 Pf.
Freit.-Hinterad 12, 15, 17 Pf.
Veranstaltung für Astoria, Holax-
Columbus- und Torpedo-Freitaufr.

Maß-Anzüge
von 10 Mk. an
Maß-Paletots
von 5 Mk. an
von besserem Substitutum ge-
tragen.
Blitz
Reinigungs-Anhalt
Schloßstraße 4, I.
Eingang durch den
Schnitzgang "B"
Jahrmärkte-Sonntag geöffnet

**Vorwärts, rückwärts,
aufwärts, abwärts**
wäscht meine [A 184]
**Rotations-
Waschmaschine**

Bernh. Hähner
Dresden-A.
Gr. Zwingerstraße 13
Spezialgesch. i. Waschmaschinen
und Badewannen aller Art.
Tüchtige Vertreter gesucht!
Kundenwagen zu verkaufen
Gärtner Straße 3, 4. I. [B 1048]

E. PASCHKY
Pflanzstr. 14 Tel. 13102 Wollfstr. 17 Tel. 21656
Alaunstr. 4 Tel. 22397 Rosenstr. 43 Tel. 21725
Bismarckplatz 13 Tel. 14182 Reichenstr. 27 Tel. 14296
Eing. Lindenaustr. Tel. 22806 Torgauer Str. 10 Tel. 21529
Zöllnerstr. 12 Tel. 18521 Trompeterstr. 5 Tel. 21967
Blauerstr. 11 Tel. 14560 Weisswitzerstr. 31 Tel. 14114
Warthaer Str. 14 Tel. 14560 Plattenauerstr. 24 Tel. 15970
Konten und Lager: Wollfstr. 17, Tel. 21094
Donnerstag Vormittag wieder in sorgfältigster Verpackung
blutfrisch direkt aus See
und infolge recht guter Fänge
außerordentlich billig!
Seelachs, ohne Kopf, Selgol. 12
in großen Packstücken Pfund
Merlan, ff. groß Pfund 12
Goldbarsch, ohne Kopf, verästelte, knallrote 12
Wandfische Pfund
Schellfisch, ohne Kopf, in ff. großen, silber- 16
blauen Fischen Pfund
Seeheddt in großen, hochbelisteten 20
Produktexemplaren Pfund
Bei mindestens 40 Pfund à Pfund 15 A. Postkonto 2 A.
Ausführliche gedruckte Rezeptre gratis.
Von täglich frischer Mäanderung:
Matjes-Pöcklinge, große fetter . . . Stück 12
Geränd. Seeheddt, sehr nahrhaft 25
1/2 Pfund
Postkonto netto 8 Pfund 3.25 A.
Rauchheringe, ff. große, nur rogene . . . Stück 10
Postkonto 2 A., bei 50 Stück das Hundert 8.50 A.
Versand prompt gegen Nachnahme. [L 218]

Potschappel!
Bestellungen auf die Dresdner Volks-Zeitung, "Wahren
Jacob", "Freie Stunden", sowie auf sämtliche Parteiliteratur
und Interests-Aufträge nimmt jederzeit entgegen
August Frauenlob, Dresdner Straße.

Frühzeitiges Ermüden
Ein bewährtes Rezept gegen schnelles Ermüden ist
das Tragen von Continental-Absätzen. Sie ermög-
lichen einen leichten, elastischen Gang, der den Kör-
per nicht ermüdet und nicht erschüttert. Verlangen
Sie aber ausdrücklich von Ihrem Schuhmacher
Absätze Continental.
Hüten Sie sich vor Nachahmungen!

berück
beteri
Krebit
Frau d
noch n
selbst
eine b
und ich
progeh
eine U
dient
mitarb
darauf
arbeit
Kuffin
erpedie
recht u
loden
Wasser
von je
treter
in die
worden
sich als
Samm
über 21
auf die
Büchle
begleit
bidaten
hat eine
für die
zu organ
Befreid
um zu d
Frauen
Arbeiter
ja auch
nicht in
der Trä
Technik
hafften
aber 11
alte Arb
Frauen d
ein meh
Berband
gebildet
eltern, u
zu geben
Gewerbe
linge im
Wetteritz
die Befrei
gemeinde,
rufen, in
der Weist
zur Wied
gemeinlich
sondern d
in denen
sind wie
verhande
unberant
die gelam
jährigen
an der U
jährigen
Daran wi
müßte and
den Veru
große Re
Arbeiten
Hilfe der
ein Dritte
unter 18 J
in die Stat
Kapitalen
bannen. U
rücken der
früher; u
für gleiche
lassen. D
und nicht
sehen Sie
inführung
Kapitalen
mehrere
den Weg
ländischen
fallung ab
gemeinlich
Arbeiterim
zeitigen W
Wesfall.)
Wohler
gehört h
des Kongre
werthhaften
erstattet
it o b e
ist jetzt die
Sozialpolit
diesem Geb
verföderung
arbeiterfeind
Dagegen ist
lange rüch
Elandinawie
den Geme
stundentag
a l l g e m e i
ist in We
leben. D
voller freier
den reaktio
englische Un
unrügen un
versicherung
regeln begon

Gesinnungsgenossen! Werbt für eure Volks-Zeitung!

Deutscher Gewerkschaftskongress.

München, 23. Juni 1914.

2. Verhandlungstag.

(Telegraphischer Bericht.)

Ueber

das Arbeiterinnensekretariat

Bericht

Gertrud Hanna, Berlin: Die Agitation unter den Arbeiterinnen gestaltet sich ungemein schwieriger als die unter den Arbeitern. Schuld daran trägt die Tatsache, daß die Tätigkeit der Frau als Erwerbsarbeiterin in einem Umfang, wie wir ihn bisher noch nicht kannten, eingelegt hat. Dazu kommt, daß die Arbeiterin selbst trotz aller gegenwärtigen Erfahrungen ihre Erwerbstätigkeit als eine vorübergehende betrachtet, die mit der Heirat ihr Ende erreicht. Und schließlich kommt hinzu die Stellung der Arbeiterin im Produktionsprozess. Bei der Frau erfolgt die Erwerbsarbeit durch die Heirat eine Unterbrechung, wenn sie nicht ganz aufgehoben wird; es dient aber der Agitation ungemein, wenn die Arbeiterin als mitarbeitende Frau an den Sitzungen teilnimmt. Mit Rücksicht darauf hat das Sekretariat von vornherein sich bemüht, diese Mitarbeiterin der Frau in der Agitation zu fördern durch Vermittlung von Aufklärungsmaterial. Wir hoffen, auf schriftlichem Wege das zu erreichen, was in Berlin durch die sogenannten Erwerbsabendere erreicht wird, nämlich die Arbeiterinnen aus ihrer Isolation herauszulösen und für allgemeine Arbeiterfragen zu interessieren. Das Material behandelt Arbeiterfrage und Arbeiterverbände. Das war von jeder Aufgabe der Gewerkschaftssekretariate. Nach Anknüpfen der Reichsversicherungsordnung ist die Aufklärung der Frauen in diesen Fragen noch von größerer Wichtigkeit als früher geworden. Die Frauen haben bei den letzten Wahlen fast überall als ein durchaus wichtiger Faktor erwiesen. Die bürgerlichen Stimmrechtsvereine haben Erklärungen geleistet, um die Arbeiterinnen über 21 Jahre zur Wahl zu bringen. Sie haben zum ersten Male auf die Hausfrauen eingewirkt, damit sie ihre Dienstmädchen begleiten und ihre Wahl beiraten. Die Aufstellung eigener Kandidaten aus den Reihen der Erwerbsarbeiterinnen ist die Aufgabe für die Arbeiterverbände vor, wenn es nicht gelingt, die Arbeiterinnen zu organisieren. In den Reihen der bürgerlichen Frauen zeigen sich Bestrebungen, die Arbeiterinnen zu Qualitätsarbeiterinnen zu machen, um so die Situation zu bessern. Es ist ja richtig, daß die Frauen gegenwärtig fast ausnahmslos Selbstarbeiterinnen sind. Der Arbeiter ist ihr Vorgesetzter als Vorarbeiter oder Einrichter. Es ist ja auch eine natürliche Erscheinung, daß die Arbeiterinnen fast gar nicht in gelehrten Berufen anzutreffen sind. Erst die Umwälzung der Technik hat die Frau in das Erwerbsleben geführt, und diese Technik hat die Verufe, in denen sie tätig ist, entweder neu geschaffen oder geändert. Ein Teil der handwerklichen Verufe aber ist von der Technik nicht berührt worden und behält seine alte Arbeits- und Ausbildungsmethode. Obwohl den bürgerlichen Frauen das bekannt ist, suchen sie doch die Arbeiterinnen in ein mehrjähriges Lehrverhältnis zu ziehen. 1909 hat sich ein Verband für handwerkliche und fachgemäße Ausbildung der Frau gebildet. Er erstrebt eine energische Tätigkeit bei den Arbeitgebern, um sie zu veranlassen, die Mädchen in eine mehrjährige Lehre zu geben. Am 1. Oktober 1913 ist die Bestimmung der Novelle zur Gewerbeordnung von 1908 in Kraft getreten, daß eine Frau zur Erlangung der handwerklichen Berufsurkunde ausbilden darf, wenn sie den Meisterkurs hat. Schon jetzt hat eine Anzahl Handwerkskammern die Bestimmung getroffen, daß in der Meisterkurse, im Meisterkurs, im Lehrlingskurs und in der Meisterprüfung, also in den verschiedenen, in denen man früher eine Lehre zum Teil gar nicht kannte, der Meisterkurs für die Frau erforderlich ist, wenn sie die Bestimmung zur Ausbildung von Lehrlingen haben soll. Nicht die fachgemäße Ausbildung für die jungen Mädchen, ist die Hauptaufgabe, sondern die mehrjährige Lehrzeit. Wenn es sich um Verufe handelt, in denen eine mehrjährige Lehrzeit wirklich erforderlich ist, sind wir mit der gründlichen Ausbildung der Mädchen durchaus einverstanden, aber daß die Lehre für alle Verufe verlangt wird, ist unannehmlich. So verlangen die bürgerlichen Frauen jetzt für die gesamte Textilindustrie die fachgemäße Ausbildung mit mehrjährigem Lehrverhältnis. Praktisch wird diese Forderung ja schon an der Unmöglichkeit für die Eltern scheitern, die Opfer einer mehrjährigen Lehrlingsausbildung für ihre Töchter zu übernehmen. Daran wird alle Abstraktion der Forderung für Lehrlingsherstellung nicht ändern. Für die Organisation liegt die Gefahr darin, daß in den Verufen, wo eine mehrjährige Lehrzeit ganz überflüssig ist, eine große Menge Lehrlinge vorhanden sind, die bei Lohnkämpfen den Arbeitern erhebliche Schwierigkeiten machen kann. Rufen sie eine Fülle der Betriebe notwendig anstrengt werden können, weil mit ihrer Hilfe der in der Industrie beschäftigten Arbeiterinnen ist unter 15 Jahre alt; 900 weibliche über 15 Jahre alte Lehrlinge sind in die Stammlisten der Handwerkskammern eingetragen. Nur verstärkte Agitation kann die Gefahr verminderter Zahlung weiblicher Lohnkämpfer bannen. Es ist ja begreiflich, daß sich die Arbeiter gegen das Aufdrängen der Frauen in immer mehr Verufe und bessere Stellen für gleiche Stellung wird sich mit der Zeit ein Ausgleich schaffen lassen. Die Frau wird ihren Fähigkeiten entsprechend beschäftigt und nicht mehr zum Studium mißbraucht werden. In diesen Fragen sehen Sie die Notwendigkeit einer eigenen Beobachtungsstelle für die industrielle Frauenfrage, die die gesammelten Erfahrungen für die Agitation verwendet. Das ist die vielseitige und stets sich verändernde Tätigkeit des Sekretariats. Dazu gehört auch die Pflege von Beziehungen und der Austausch von Erfahrungen mit den ausländischen Organisationen. Im Hinblick auf die gestrige Bestimmung über die Bewilligung der Angehörigen im Sinne der gewerkschaftlichen Organisation unterstreiche ich die Pflicht, die Arbeiterinnen nicht nur zu organisieren, sondern sie auch zu überzeugen Mitarbeiterinnen der Gewerkschaft zu machen. (Beifall)

Nachdem sich zwei Diskussionsrednerinnen in ähnlichem Sinne geäußert hatten, spricht der Vorsitzende Leipart unter Zustimmung des Kongresses dem Arbeiterinnensekretariat die Zustimmung der Gewerkschaften aus. Den

Bericht der sozialpolitischen Abteilung

Robert Schmidt, Berlin: Stellung in der Sozialpolitik ist jetzt die Parole in Deutschland, dem Lande, das einstmalig in der Sozialpolitik voranschritt. Staatssekretär Delbrück hat sich diesem Gebot der Scharfmacher gebeugt. Ist denn die Reichsversicherungsordnung mit ihren furchtbaren Mängeln und ihrer arbeiterfeindlichen Tendenz ein sozialpolitisches Werk von Bedeutung? Dagegen streitet die Sozialpolitik im Ausland vorwärts. Das lange rühmlich gebildete Frankreich hat die Altersversicherung, Estland die Arbeitslosenversicherung im Zusammenhang mit den Gewerkschaften geschaffen. Die Schweiz führt den Jubiläumstag allgemein ein. Wir haben noch keinen allgemeinen Roemalarbeitstag. Besonders aber ist in England unter der liberalen Regierung viel geschehen. Da ist das Krankenversicherungsgesetz, das unter voller freier Selbstverwaltung der Versicherten steht, und doch über den reaktionären Bestimmungen des deutschen Gesetzes steht. Die englische Unfallversicherung hat manche Vorzüge gegenüber der unsrigen und das wichtige und dringende Problem der Arbeitslosenversicherung hat England fast für 1/2 Millionen seiner Arbeiter zu regeln begonnen. Man hat dort durch gesetzliche Lohnregelung im

Bergbau festgelegt, daß der Mindestlohn durch eine paritätische Kommission bestimmt wird, und allen Staaten voran hat England Sozialkommissionen mit Lohnfestsetzungsrecht in der Heimarbeit eingeführt. Alle diese Fortschritte sind durch die treffliche Politik der Arbeiterpartei und die liberale Regierung erreicht. Für Deutschland, das mit einer viel härteren Arbeiterpartei im Reichstag solche Fortschritte nicht zu verzeichnen hat, wird Englands Vorgehen auswendig und beispielgebend sein müssen. Staatssekretär Delbrück sprach von „verhängender Sozialpolitik“, die nicht nur im Interesse der Arbeiter, sondern auch im Interesse der Arbeitgeber liegen müsse. Das war ein Schuss aus dem Scharfmacherlager.

Ist denn dem deutschen Arbeiter während des beispiellosen Aufschwunges in den letzten Jahrzehnten das Seine geworden? Was verdanken die Landarbeiter an Profiten der Sozialpolitik, und was haben die Landarbeiter davon gehabt? Was hat die preussische Regierung unternehmen gegen die löhndrückende Auswanderung auch in der schweren Zeit der Krise? Die durchschnittliche Dividende der deutschen Aktiengesellschaften stieg von 1909 bis 1912 von 7 auf 7,9 Proz. Die Durchschnittsdividende der großen Bergwerksaktiengesellschaften betrug 21 Proz. (Hört! Hört!) Dazu kommen noch die Dividenden und hohen Abschreibungen. Delbrück aber sagt, daß den Arbeitnehmern nicht das Gleiche geworden sei, wie den Arbeitgebern. Die Vermögen in Preußen steigen nach der amtlichen Statistik jährlich um 2,76 Milliarden. Sie betragen 104 Milliarden und nach Steinmann-Bucher sind 400 Milliarden in Deutschland investiert (Hört! Hört!) Man weiß auf diese Werte hin, die unsere Wirtschaft geschaffen habe, aber was haben die Arbeiter davon? Was haben die 300 Kapitalisten die Schiffe Europas in der Hand. Sie wollen abstrahieren und das arbeitende Volk unterjochen, um ihren Profit immer höher zu schrauben. Nicht die wichtigsten Interessen der Allgemeinheit sind für sie maßgebend. Jeder 145 237 Mitglieder mit 4 1/2 Millionen Arbeitern verlässigen die Arbeitgeberorganisationen. Was gleiches Recht fordern sie mit den Gewerkschaften, deren Größe der Unternehmerkoretter Professor Hans Delbrück als eine Gefahr für den Industrialismus erklärte, weil sie die Löhne steigern. Freilich fügte Delbrück hinzu, daß die Stärke der Gewerkschaften durch ihre konfessionelle und politische Zersplitterung geschwächt sei. Das ist richtig, und das muß eine Bedingung sein, hinsichtlich auf eine Verständigung mit den anderen Gewerkschaften, um bei wahren Kämpfen gemeinsam vorzugehen. (Sehr richtig!) Damit würde die Forderung unserer Gegner aufzuheben, wenn es gewisse große Aktionen herbeizuführen, wie das jetzt ja schon manchmal geschieht. Wenn aber gesagt wird, daß dem Wirtschaftsleben seitens unserer Gewerkschaften Gefahren drohen, so weiß ich hin auf die Entwertung und Verminderung von Kulturwerten und Rationalität durch den modernen Kapitalismus. Die unsere Industrie und Arbeiterkraft ist von großer Bedeutung der Welt an Stoff und Erz, ein wertvolles Nationalvermögen. Wird aber damit haushälterisch und im Interesse des Wirtschaftslebens und der Gesamtheit umgegangen? Die internationale Kartellgesellschaft hat seit dem Jahre 1900 auf 1 Million Aktienkapital 1 675 000 Mk. Dividende verteilt. Das sind die Bilanzener dieser Kartelle, die die Höhe gegen die Gewerkschaften betreiben, und die selbst mit dem Reich und der Nation den räuberischen Wucher treiben. Hat das die Höhe des Profits im Interesse der Gesamtheit verwerlet würde (Sehr wahr!) Was nicht eine große Gefahr für die Nation darin, daß der Bergbau ohne Rücksicht auf die großen allgemeinen Interessen betrieben wird? Ganze Gemeinden werden durch die Beschäftigungslosigkeit in Gefahr gebracht. Kaufende Arbeiter werden mit einem Schlag aus ihrem Ort und Erwerb vertrieben. Wo aber sind die bürgerlichen Sozialpolitiker, die Regierungsmänner, die gegen dieses frevelhafte Treiben Protest erheben? Niemand in den bürgerlichen Kreisen gerant sich, gegen die Macht des Kapitals aufzutreten. (Sehr richtig!)

Ein neuer nationaler Gefahr treiben wir entgegen, dadurch, daß der Staat und die Gemeinden die Nutzung der wertvollen Wasserkräfte der privaten Spekulation überlassen. Diese Kräfte werden durch die Dividendenpresse des Kapitals landwirtschaftlich. „Ert wollen wir unseren Profit haben“, rufen die Stürze, Stämme und die übrigen Industriegewaltigen. Trotz dieser schrankenlosen Ausbeutung des nationalen Reichtums durch das Kapital wird die Gefahr für unser Wirtschaftsleben von Wasserkräften in den Gewerkschaften erblüht. Die Gewerkschaften sind aber für die Masse des Volkes der einzige Rückhalt geworden, um heiliger Werthung zu verhalten. (Sehr wahr!) Die Gründung des stärke der schaffenden Hände durch den schweizerischen Mittelstandesverband, den Zentralverband deutscher Industrieller und den Bund der Landwirte ist eine Zusammenfassung aller derjenigen, die unabhängigen Interessen im bürgerlichen Lager, die dagegen auftreten, müssen wir durchaus achten. Hier verdient ein Mann erwähnt zu werden, der mit großer Entschiedenheit und Sachlichkeit den Kampf gegen die Tendenzen der Scharfmacher aufgenommen hat: Professor Brentano. (Beifall) Er hat durch sein Eintreten für die Gleichberechtigung der Arbeiter und gegen die Höhe der Scharfmacher auf sich gelassen. Er wurde in einem mehrjährigen Verzug hinterzogen, der ihm auch von unserer Seite volle Anerkennung und Achtung für seine einschneidende Stellungnahme gegen die Scharfmacher zollt. (Weniger laudator Beifall.)

Reder ist die Zahl solcher Männer immer geringer geworden, denn das Großkapital will seinen forumpumpenden Einfluß weit hinein bis in das Parlament, denn es zum Teil gütigste Bestellungen in den Einrichtungen und literarischen Bureau der Großindustrie führt, die ihnen Staat und Gemeinde nicht bieten können.

Was ist an Sozialpolitik für die Arbeiter gefeher?

Die Fabrikinspektorenberichte haben in den letzten Jahren durchweg betonen müssen, daß die hohen Lebensmittelpreise haben, besonders in den der Organisation entbehrenden Verufen, wo das Kapital über eine tiefstehende abhängige, unter langer Arbeitszeit folgende Arbeiterkraft verfügt. In der modernen raffinierten Industrie ist die Ausnutzung und Ausbeutung und der Druck der Arbeitskraft außerordentlich viel umfangreicher geworden. Nach der Zusammenstellung der Fabrikinspektoren über das Alter der Fabrikarbeiter sind am häufigsten noch die Arbeiter der Textilindustrie daran, wo vor 100 beschäftigter Personen 35,8 über 40 Jahre und 16,9 über 50 Jahre alt waren. Dagegen sind in der Maschinenindustrie nur 20,6 über 40 Jahre und 8 Proz. über 50 Jahre alt. (Hört! Hört!) Die Großtextilindustrie erreicht den Tiefstand mit 21,7 Proz. über 40 Jahre und 7,9 Proz. über 50 Jahre. (Beifall) Das ist ein überaus trübes Bild von der Lage der Arbeiterkraft. In 40 Jahren verdrängt und entwertet auf die Schulden geworden ist wertvoller Stoff, in einem Alter, wo der Mensch auf der Höhe seines Schaffens steht. In dem Reichs-Rindfleisch, wo die Scharfmacher herrscht,

ist die Tätigkeit des Mannes mit 40 Jahren zu Ende. Diejenigen, die dann noch beschäftigt werden, seien das Unabwärt in untergeordneten Stellungen. Dafür werden junge Arbeitskräfte von den Landwirten und Genußern in die Pathologie herangezogen. Was der Vierzigjährige auch noch gesund und kräftig sein, er verpufft ja

nicht mehr, ein nutzbringendes Objekt für die Ausbeutung zu sein. (Sehr gut!)

Es ist die große sozialpolitische Aufgabe des Deutschen Reiches, an diesen Zuständen zu rütteln und sie zu ändern. Bisher freilich fehlt es daran, daß der Arbeiter in diesen mit glänzenden Gewinnen arbeitenden Industrien geschaffen wird. Wir sehen weiter die außerordentlich bedauerliche Erscheinung des Ausfließens der Arbeiter von Lande in die Stadt. Nicht wegen der großstädtischen Verhältnisse, sondern die Arbeiter dort. Schuld daran ist die Rechtsunsicherheit auf dem Lande. In Preußen wären selbst die besten Verufe für die Landarbeiter von keiner Bedeutung in den Händen der preussischen Verwaltungsorgane. (Beifall) Die nötige Rechtssicherheit der in Massen herbeigeschickten Ausländer, die ernfliche Arbeit, mit der sie behandelt werden, haben sie leider auch hier und da auf unsere eigenen landwirtschaftlichen Arbeiter übertragen. (Hört! Hört!)

Der Redner beipflichtet die

Tuberkulosefrage.

Die Sterblichkeit an Tuberkulose zurückgegangen, so liegt das Verdienst nicht zum wenigsten an den Bemühungen der gewerkschaftlichen Organisationen auf Verabfolgung der Arbeiter. Und dennoch zeigt die Statistik ein überaus trauriges Bild. Genaue Erhebungen haben ergeben, daß die Sterblichkeit an Tuberkulose bei einem Einkommen von 900 bis 1200 Mk. pro Jahr viel höher ist, als in den Einkommensgruppen von 10 bis 20 000 Mk. Man wirksamsten kann die Tuberkulose durch eine gründliche Wohnungsreform bekämpft werden. Diese Frage ist vor allem eine Frage der Gemeinden. Billige Kredite für den Wohnungsbau helfen nur vorübergehend. Das Beste wäre, wenn sich die Gemeinden entschließen würden, eigene Arbeiterwohnungen zu bauen und in Selbstregie zu betreiben. (Beifall)

Diejenige, die die Bilanz abwägen dem, was für Arbeiter gefeher und was für Arbeitgeber gefeher ist, so schließt sie mit einem sehr großen

Wants für die Arbeiter

ab. Von einer Gleichstellung der Arbeiter mit dem Unternehmer in den Fragen der Sozialpolitik, von einer Erweiterung der sozialpolitischen Forderungen ist keine Rede. Die Schutzbestimmungen für die Bauarbeiter und die gefährlichen Betriebe überholt sind an sich äußerst mangelhaft und diese mangelhaften Bestimmungen werden von den Unternehmern nicht einmal peinlich eingehalten. Nach dem Bericht der Fabrikinspektoren läßt die Durchführung der Arbeiterausbestimmungen viel zu wünschen übrig. Im Jahre 1912 waren 22 264 Verletzungen wegen Verletzung der Arbeiterausbestimmungen zu verzeichnen. Ueber diese gewaltige Zahl geht sich niemand in den bürgerlichen Kreisen auf. Die verschwindend sind gegenüber die paar Fälle von Terrorismus, die von den bürgerlichen aufgebauscht werden! Eine große Zahl von Unfällen sind jährlich in der deutschen Industrie zu verzeichnen. Es sind allein jährlich 10 200 tödliche Unfälle.

In dieser Zahl steht viel Schuld des deutschen Unternehmertums. Gerade in der Industrie mit Menschenleben gespielt und Menschenwerte werden außerordentlich gering eingeschätzt. (Beifall) Die Stellung der Gewerkschaften muß unabhängig gestaltet werden. Aber die preussische Regierung will nicht, daß sie ein Urteil über die Verhältnisse fällt. Sie sollen sich den Wünschen einflussreicher Kreise der Großindustrie beugen und nur referieren. Ich habe den Eindruck, daß bei einem großen Teil der Fabrikinspektorenberichte die streifen Hände überhaupt nicht mehr erwähnt werden, weil damit sozialreformistische Wünsche angezettelt werden würden.

Was soll man dazu sagen, daß die schließlichen Fabrikinspektoren aus Oberläsien mit seinen entsetzlichen Zuständen in den Gauden und in der Eisenindustrie nur zu berichten wissen, daß den Arbeitern von den Unternehmern Kartoffeln geliefert worden seien.

In dieselbe Richtung fällt die Haltung der Regierung auf der Internationalen Arbeiterkonferenz in Bern am 23. September 1913. Ihr Widerstand verhindert, daß das Schmutz, für das die Nacharbeit verboten werden sollte, nicht von 18 auf 18 Jahre international heraufgesetzt wurde. Diese eine Tatsache widerlegt alle die schönen Reden über den Jugendschutz. Aber auch hier ist die Regierung der Meinung des Zentralverbandes deutscher Industrieller gefolgt. Bevor die Regierungsbereiter nach Bern fuhren, nahmen sie an einer Ausschussung des Zentralverbandes teil und dort wurde ihnen diktiert, daß die Großindustrie unter keinen Umständen für die Heranführung des Jugendschutzes zu haben sei. Die Arbeiter aber sind überhaupt nicht gefragt worden. Der Widerstand der Regierung gegen jeden sozialpolitischen Fortschritt zeigt sich auch im Hausarbeiterschutz. Die Lohnsätze und Lohninhalten will man nicht ausdauern, damit nicht das Ausland erfährt, unter wela elenden Lohn- und Arbeitsverhältnissen die Heimarbeiter leben. Ebenfalls haben die Bestimmungen vollständig auf dem Papier, daß Nachkommenslisten tarifliche Grundlagen für die Löhne der Arbeiter aufzustellen haben. Nichts ist für die Heimarbeiter gefeher, während England hier den schwersten Fortschritt gemacht hat. Nicht gefeher gegen die Gefahren der gesundheitsgefährlichen Industrie. Da finden wir auf allen Gebieten nur Stillstand.

Unsere Forderung aber muß auch hier dem Fortschritt gelten. Wenn wir aber vergeblich an die Gesetzgebung appellieren, damit sie ihre Aufgabe erfüllt, dann dürfen wir auch nicht die Wirkung unserer gewerkschaftlichen Selbsthilfe unterschätzen. Die politische Haltung der Regierung muß um so lebhafter die Aktion der Gewerkschaften anregen. Nicht in der Anwendung von Mitteln, die mit ihnen Worten angehängt werden, erlauben die Gewerkschaften ihre Macht, sondern in der ruhigen, stillen Abwägung des Berechtigten. (Sehr richtig!)

Die Gewerkschaften können manches erreichen, was die Gesetzgebung den Arbeitern vorenthält; aber eines bedarf es dazu, sie bedürfen der Bewegungsfreiheit und sie werden mit aller Zähigkeit an dieser grundsätzlichen Forderung festhalten; Bewegungsfreiheit nach allen Seiten und Gleichstellung mit den Gegnern! (Beifall)

Die Gewerkschaften haben den Weg der Gleichheit nicht verlassen. Werden sie aber unter ein Ausnahmeweise gestellt, verlieren die herrschenden Kreise den Boden des gleichen Rechtes, dann ist auch für uns die Grundfrage der Taktik verschoben. (Sehr richtig!)

Die deutsche Arbeiterbewegung hat gezeigt daß sie Opfer bringt. Sie verzichtet nicht auf den Kampf gegen kapitalistische Ausbeutung und Herrschaft. Sie wird sich den Weg bahnen für den Aufstieg der Arbeiterklasse. (Beifall)

Ein Arbeiterkraft, die aus eigener Kraft in den Gewerkschaften, in den Genossenschaften und auf politischem Gebiet so festgelegte hohe Werte geschaffen hat, einer solchen Arbeiterkraft können durch die Maßnahmen der Justiz und der Polizei wohl die großen Klassengegenstände vor Augen geführt werden, aber zu vernichten sind diese Schwächen der deutschen Arbeiterkraft nicht. (Beifall)

Das Ideal einer großen aufwärtsstrebenden Schicht, das in der Hoffnung auf die Zukunft seine Kraft erblüht, ist nicht zu vernichten durch hohe Gewalt. Wohl aber wird der Glaube gefeher werden an das Gerechte und das Siegende ihrer Idee. (Beifall)

Der Redner unterbreitet dem Kongress die folgende

Resolution:

Die Förderung der sozialen Gesetzgebung wird immer in den von kapitalistischen Interessen beherrschten Ländern auf starken Widerstand stoßen. Von engstirnigen materiellen Gesichtspunkten getrieben, glaubt die Kapitalistenklasse in jeder Einengung ihrer herrschenden Stellung gegenüber den Arbeitern die Schädigung

Ihre unanlässigen Interessen zu erfüllen. Selbst der un-
bedeutende Eingriff in ihr freies Handeln und Wollen wird
nicht selten als mit dem Staatswohl und dem gesamten wirt-
schaftlichen Interesse im Widerspruch stehend hingestellt. Das Ge-
samtinteresse ist nicht das Kapitalisteninteresse. Volksgemeinschaft
und wirtschaftliches Wohlergehen der Volksgenossen müssen höher
stehen als die Förderung des Ansehens der Arbeitervereine
und der wirtschaftlichen Forderungen einer verhältnismäßig
kleinen Gruppe kapitalistischer Interessenten. Wenn gegenwärtig
von einflussreichen Unternehmerverbänden lauter als je der Ruf
nach einem Stillstand der Sozialpolitik ertönt, so hat dafür nicht
die angeblich hohe Entwicklung der sozialen Gesetzgebung den
Anreiz gegeben, sondern das Drängen jener Kreise nach politischer
und wirtschaftlicher Machtentfaltung und Unterdrückung der Arbeiter-
klasse. In diesem Ringen um die Gleichberechtigung der Arbeiter-
klasse fordert der Kongress die Arbeiterklasse auf, ihre Kräfte in
der Organisation zu sammeln, in der Gewerkschaft die Position
zu festigen, von der aus die Abwehr reaktionärer Maßnahmen
möglich ist und dem Fortschritt aus eigener Kraft der Weg ge-
eignet wird. Denn kann die Arbeiterklasse als Träger der Bewegung
erschienen: nicht Stillstand, sondern Fortschritt in der Sozial-
politik soll unser Kampfziel sein.

In der Diskussion werden von Klott und Wilmmer-
Berlin Anträge des Bundesverbandes begründet, welche die Herausgabe einer sozialpolitischen Korrespondenz, eine Enquete
über die Unfallgefahren und die Herausgabe von Zeitschriften
fordern, die zu wichtigen Tagesfragen Stellung vom Arbeiterstand-
punkt aus nehmen.

Wauer (General-Kommission) erklärt sich gegen diese Anträge,
da Korrespondenzen der gedachten Art bereits von verschiedenen Ver-
bänden herausgegeben werden, die verlangten Erhebungen über die
Unfallgefahren sind nicht in vollem Umfang durchzuführen lassen und
Zeitschriften zu wichtigen Tagesfragen bereits herausgegeben sind
und auch in Zukunft herausgegeben werden, so daß dieser Antrag
offene Türen eröfne.

Darauf begründet Wauer folgenden
Antrag:
Die durch die Reichsversicherungsordnung getroffene Regelung
der Krankenversicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden ist un-
zureichend, leidet an praktischen Mängeln und ist durchzuführen.
Die schwebende Regelung der in Frage kommenden Bestimmungen der
Reichsversicherungsordnung ist eine dringende Notwendigkeit. Eine
betriebsbezogene, den Bedürfnissen des Hausgewerbes Rechnung
tragende Lösung der Krankenversicherungspflicht der Gewerbetrei-
benden kann nur erreicht werden, wenn Gelder, Beiträge und
Unterstützungspflicht nach denselben Grundsätzen geregelt werden, die
für die Krankenversicherungspflicht der gewerblichen Arbeiter maß-
gebend sind. Der Kongress rät an Reichstag und Bundesrat
das dringende Eruchen, die im zweiten Buch der Reichsver-
sicherungsordnung enthaltenen Bestimmungen über die Kranken-
versicherungspflicht der Hausgewerbetreibenden baldigst in diesem
Sinn zu ändern.

Zeuber-Vodum (Bergarbeiter): Je größer die Prosperität
der Gewerke, desto mehr ungelernete Arbeiter werden herangezogen.
Steigende Unfallzahlen sind die Folge. 600 tödliche Unfälle
pro Tag und über 120.000 Unfälle pro Jahr ereigneten sich im
deutschen Bergbau. (Hört! hört!) Diese ungelerneten Fremden
gefährden nicht nur ihre eigene Sicherheit, sondern auch die der
anderen Arbeiter. Die ungelernete Schichtenarbeit der Sicher-
heitsmänner macht die Einrichtung zu einem Knapen, den vielleicht
die organisierten Arbeiter eines Tages in den Winkel werfen werden.
Nicht nur angenommen, sondern auch durchgeführt muß die Resolu-
tion werden. (Beifall.)

Saul Müller-Berlin (Transportarbeiter) behauptet, daß
Schmidt nicht über die eigentliche Tätigkeit der sozialpolitischen
Abteilung berichtet hat. Nicht alle Gewerkschaften sind von der Tätig-
keit der sozialpolitischen Abteilung befreit. Die wünschenswerten,
daß die sozialpolitische Abteilung den Voraussetzungen der ihrer Erziel-
ung gerecht werde.

Sabath-Berlin (Schneider): Der gesetzliche Heimarbeit-
schutz immer auf Rücksicht auf die Familie zurückzuführen,
so wenig man diese Rücksicht sonst nimmt. Auch heute noch stehen
die Heimarbeiter trotz Gesetz und Reichsversicherungsordnung schutz-
los da. In einer vom Redner vorgelegten Eingabe begründeten
Resolution betreffend Heimarbeiterschutz

wird ausgeführt, daß der Kongress die Beschlüsse des Heimarbeit-
kongresses von 1904 und des Heimarbeitertages von 1911 erneuert:
Das Heimarbeiterschutzgesetz ist nur ein Rahmengesetz, das nur
wenige zwingende Bestimmungen, dagegen mehr nur leitende
Grundsätze enthält, deren Ausführung dem Ermessen der aus-
führenden Behörden überlassen wird. Zwingend sind lediglich die
Bestimmungen über die offene Auslage von Lohnzetteln und
Lohnstafeln, die Führung von Lohnbüchern und Lohnzetteln, die
Heimarbeiterschutz und die Unterstellung der Heimarbeiter unter die
Gewerkschaften. Jedoch ist die Befreiung des Heimarbeiters für
die letzten Bestimmungen des Gesetzes einer Bundesratsverordnung
vorbehalten, die leider bis heute noch nicht erfolgt ist. Von
den schwebenden Bestimmungen hat noch keine Behörde bisher
Gebrauch gemacht. Statt durch Lohnbücher erst die Grundzüge
eines wirklichen Heimarbeiterschutzes zu geben, wurde ein
Erlaß vorgelegt in den Forderungen, die weder paritätisch
noch obligatorisch sind und bis heute noch nicht geschaffen
wurden.

Der Kongress fordert energisch das schleunige Inkrafttreten der
Leber nur wenigen, für die Heimarbeiterschutz gültigen Be-
stimmungen des Gesetzes. Im weiteren beruht der Kongress nach
wie vor auf das Schicksal der Heimarbeiterschutz und Heimarbeiterschutz
bedürfen deshalb gleichermäßen einer energischen Fortentwicklung.
Diese aber wird nur dann eine der Heimarbeiterschutz und Heim-
arbeiterschutz sein, wenn sie sich in starken gewerkschaft-
lichen Organisationen zusammenfassen und dadurch die Kraft
der organisierten Selbsthilfe benutzen. Die organisierte
Arbeiterklasse muß der Kongress auf den Zusammenhalt der
Heimarbeiterschutz nach besten Kräften zu fördern, und verpflichtet sie,
ihre wichtigsten Angehörigen deren Berufsorganisationen zuzu-
führen.

Matt-Windchen (Holzarbeiter) schlägt sich Wauer in Bezug auf
den Antrag betreffend Unfallstatistik an und erklärt, ihn abzuweisen.
Richtig wäre jedoch ein Hinweis auf die Größe der Unfallgefahren
in einzelnen Gewerben nach dem Beispiel der Ausstellungen und
Nichtbilder der Holzarbeiter über die tragenden Hände der Maschinen-
arbeiter.

Sadelberg-Witona (Tabakarbeiter): Am 1. Juli tritt eine
Bundesratsverordnung für Hygiene in der Tabakarbeiterarbeit in Kraft.
Für die unter den elendesten Bedingungen arbeitenden Arbeiter wird
es natürlich wirkungslos bleiben. Viel besser werden die Erhebungen
von Fachausschüssen wiesen.

Schmidt-Berlin (Landarbeiter) bezieht die bekannte Land-
arbeiterversicherung in den Landrentenklassen, in deren Vorständen
Oberbürger, Oberinspektoren u. dergl. als Arbeitervertreter sitzen.
Drei Viertel der Bundesbürger in Westfalen-Streitigkeiten haben sich von
der Versicherung weigert und hatten doch unter Verletzung auf diese
schweren Kosten die Arbeiter von Lohnforderungen ab, ja denken
die Wäre dafür noch benutzer. Die Beiträge werden laut Statistik
ständig eingezogen. Klagen die Arbeiter über die Höhe des Ab-
zugs, so sagt man ihnen: Bedankt Euch bei den freien Gewerks-
schaften! Der Reichstags-Präsidenten wagt es, den Wählerinnen
die Wochenhilfe zu verweigern. Der Führer des Christlichen Land-
arbeiter-Verbandes, Abgeordneter Beckers, der alle sozialpolitischen
Anträge zur Reichsversicherungsordnung abgelehnt hat, schreibt, daß
leider die Arbeiter nicht den Vorstand der Landrentenklassen wählen
dürfen. Auch die Landrentenklassen werden aber erkennen, daß sie nur
durch den Anschluß an die freien Gewerkschaften vorwärts kommen
können.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

In seinem Schlußwort polemisiert der Referent Robert
Schmidt gegen die Ausführungen Müllers und behauptet es, daß
das umfangreiche Archiv der „Sozialpolitischen Abteilung“ so wenig
benutzt wird.

In der Abstimmung wird die Resolution Robert
Schmidt einstimmig angenommen, ebenso die An-
träge Wauer und Sabath. Der Antrag des Bundes-
verbandes auf Herausgabe von Zeitschriften, in denen die Angriffe
der Gegner auf das Realisationsrecht aufgeführt werden, wird
zurückgewiesen, ebenso der Antrag der Bundesländer auf Veranstaltung
einer allgemeinen Enquete über die Unfallgefahren. Angenommen
binnen wird der Antrag des Bundesverbandes, der die Arbeiter
auf die großen Unfallgefahren hinweist, weitere Einzelbestimmungen
verlangt und ebenso ein gelegentliches Verbot der Beschäftigung von
Arbeitern und jugendlichen Personen unter 18 Jahren an gefährlichen
Arbeitsstätten.

Die Generalkommission hat dem Münchener Magistrat eine Ein-
ladung geschickt. Darauf ist folgende Antwort eingegangen: „Für die
früherige Einladung zur Teilnahme am Kongress sprechen wir auf Grund
eines Sitzungsbeschlusses unseren besten Dank aus.“ Leipzig: Der Kongress
wäre mit Freuden bereit gewesen, einen Vertreter der Stadt München zu empfangen. Gemeldet hat
sich bisher allerdings niemand. (Weiterleit.)

Den Bericht des Zentralarbeitssekretariats

Wissell-Berlin. Er lenkt die Aufmerksamkeit des Kongresses
auf die Anwendung des dolus eventualis in der Rechtsprechung der
Arbeiterverehrung und auf eine Entscheidung des Obergerichtes
des Reichsversicherungsamtes, deren Begründung mit der Rechts-
überzeugung des Volkes in keiner Weise übereinstimmt. Es handle
sich um die Vorführung der Reichsversicherungsordnung, nach der die
vorläufige Herbeiführung eines an sich die Inanspruchnahme der Ver-
sicherung berechtigenden Zustandes den Anspruch auf Vorleistungen
ausschließt. Die Entscheidung ist ergebnislos auf Vorleistungen
ausgeschloßen. Die Entscheidung ist ergebnislos auf dem Gebiete der
Inanspruchnahme. Sie gilt aber auch, da sie grundsätzlich
ist, für die Krankenversicherung, deren Rechtsprechung jetzt den
Rechtsprechungsdiensten zufällt, während früher das preussische Ober-
verwaltungsgericht als höchste Instanz anfänglich war. Das Ober-
verwaltungsgericht, der dem die preussische Polizei-Verordnung für
die Vorgehen gegen die Gewerkschaften laßt, hat dennoch einen
vorgezeichneten Standpunkt in dieser Frage eingenommen als der
Große Senat. Es hat die Einbeziehung des Krankengeldes nicht
für zulässig erklärt, wenn jemand bei einem Selbstmord das
eigentliche Ziel nicht erreicht hat, sondern nur krank geworden ist.
Der Große Senat steht grundsätzlich auf einem anderen Standpunkt
und laßt, daß man bei einem Selbstmord auch daran denken müsse,
daß der Erfolg ausbleiben kann, und er hat auch noch ständige
Gründe dafür. Er behauptet, daß es das gesunde Empfinden der
dem Gesetz unterworfenen Klasse verleihe, wenn jemand die „schwere
Moralstrafe“ begeht, sich selbst das Leben zu nehmen.
Das sei ein Verstoß gegen die Grundzüge aller Ordnung. Da der
Senat unter „vorläufig“ etwas anderes als „abfällige“ ver-
steht, so dürfte es sich nicht empfehlen, im Reichstage
eine Änderung der Reichsversicherungsordnung in der Richtung zu
beantragen, daß statt verlässlicher „abfällige“ Verlegung gelangt
wird. Mit allem Nachdruck müssen wir als Vertreter von 2, Millionen
organisierten Arbeitern und gegen die „ethische“ Begründung des
Reichsgerichts wenden. Ist denn der Selbstmord eine so schwere
Rechtswidrigkeit? Der Selbstmord ist straflos, und das Gesetz
kennt den Begriff der Würdigkeit für den Bezug von Versicherungs-
leistungen überhaupt nicht. Wird jemand aus unvermeidlichen Ursachen,
durch Trauer oder durch Ausschweifungen invalide, so darf
man doch die Rente nicht verweigern. Der Reichstag ist das
Reichsgesetzgebende Organ. Das Reichsgesetzgebungsorgan wollen wir
so geschont haben wie das in München. Dabei wollen die Unter-
nehmer nichts wissen, denn den Menschen bekommen sie fast unentgelt-
lich. Wenn eine Industrie nur durch Wiederaufbau an Menschen-
material bestehen kann, ist sie wert zugrunde zu gehen. Daraus
entpringt die Notwendigkeit von Arbeiterrecht und Sozialpolitik,
ohne deren Anfrage der Aufschwung der deutschen Industrie un-
möglich gewesen wäre. Die Arbeiterversicherung ist
in höchstem Maße unternehmerverpflichtet. Bis
zu 37 Prozent der Entscheidungsfälle entfallen auf Unter-
nehmer. In Schwaben und Neuburg waren über 80 Prozent der
Entscheidungen auf Unternehmern oder ihre Angehörigen. Reichlich
war es im Elsaß. Ausbau und Fortschritt der sozialen Versicherung
müssen wir fordern. Schon jetzt kann der Bundesrat ge-
werkschaftliche Berufskontrollen der Unfallversicherungspflicht unter-
werfen. Er macht Gebrauch von dieser Ermächtigung, wenn auch
die Unternehmer lächeln. Sind ihnen die Lasten zu hoch, so mögen
sie doch besser den Berufskontrollen vorbeugen. Viel zu wenig Be-
achtung legen die Arbeiter der Versicherungsbedingungen bei. Verhältnisse,
wunderbar und wohlunterrichtete Männer müssen gewandt werden,
wenn die Versicherung wirksam durchgeführt werden soll. Den
Arbeitern darf die Wahlberechtigung nicht reaktionär erloschen und
verwehrt werden. Wir leben, wie man durch Anrechnung der Kranken-
renten die soziale Versicherung zum Schein machen will. Diesem
schändlichen Wille tun wir entgegen: Sowas ist mit dem Willen
an sozialen Tat! Wundert es im Interesse der Gesamtheit, deren
Wohl und Wehe davon abhängt, wie es den Arbeitern geht! (Beifall)

Die Diskussion, an der sich drei Redner beteiligten, betrugte sich
im wesentlichen im Sinne des Referats. Wilmmer wurde eine
legere Beteiligung an den Verhandlungen der Versicherungsvereine
beimortet. — Wauer-Vodum schlägt vor, die Reichsbeiträge
„Korrespondenzblätter“ als selbständiges Blatt herauszugeben. —
In seinem Schlußwort stellt Wissell fest, daß die Herausgabe
einer selbständigen Zeitschrift „Arbeiterrecht“ an Stelle der bisherigen
Zeitung vom 1. Januar 1915 ab bereits beschlossen sei.

Die Gewerkschaften.

Dieser liegen folgende Anträge vor:

Wauer-Verband (Zweigsleiter Wilmmer): Der Ge-
werkschaftskongress möge beschließen, daß die Arbeitsvermittlung in
gewerkschaftlichen Betrieben Allgemeingut der organisierten Ar-
beiterklasse ist und nicht mehr wie bisher einzelnen Organisationen
allein das Recht zusteht, offene Stellen zu besetzen.

Radikalarbeiterverband (Häufel Wilmmer): Bei Ein-
stellung von Hilfskräften in Konsumvereinen und Gewerkschaften
sind sämtliche organisierten Arbeiter in den freien Gewerkschaften,
sowie die Qualifikation zu den Stellen besorgen, zu denen sie ver-
wendet werden sollen, zu berücksichtigen und einzustellen, und nicht
nur die, die im Transportarbeiterverband organisiert sind.

Metallarbeiterverband (Verwaltung Wilmmer): Der
Tarifvertrag, der zwischen dem Transportarbeiterverband und dem
Zentralverband deutscher Konsumvereine besteht, ist dahin abzu-
ändern, daß bei Neueinstellung auch andere reorganisierte Arbeiter
eingestellt werden können.

Radikalarbeiterverband (Häufel Wilmmer): Die Anträge entsprechen
einer in Wilmmer herrschenden Unzufriedenheit. Alle diese Verufe
haben das gleiche Ziel auf etwa freiwerdende Stellen in den
Gewerkschaftsbetrieben und Geschäften, so weit es sich um Stellen
für ungelernete Arbeiter handelt und Arbeitslose vorhanden sind.

Wauer (General-Kommission): Durch die Annahme dieser An-
träge würde der Kongress alle gewerkschaftlichen Grundzüge über
Vordrücken und unter Umständen eine Wettbewerbsfähigkeit der ein-
zelnen Gewerkschaften in den Gewerkschaftsbetrieben für und gegen
offnen. (Geht richtig!) Das der Regelung der Arbeitsvermitt-
lung auf Grund persönlicher Beziehungen bedingt werden. Die Tarif-
verträge, die erst letzten wieder auf sechs Jahre verlängert worden
sind, laßen, daß die Konsumvereine bei Einstellung von Transport-
arbeitern den Ratgeber des Transportarbeiterverbandes befragen
müssen. Daran kann kein Verband etwas ändern. Der Einfluß
von Konsumvereinen auf andere Verufen, die sonst keine Arbeit
finden können, wird keine Schwirrigkeit bereiten. Zustimmung

und Widerspruch) Es müßte aber das Verlangen dazu von der
Verwaltung der betreffenden Organisation gestellt sein.

Schumann-Werlin (Transportarbeiter) schlägt sich dem
grundlegenden Ausführungen Wauer an, insbesondere auch darin,
daß es in den Gewerkschaften doch nicht zweierlei Recht für gelernete
und ungelernete Arbeiter geben dürfe. Wenn der Fabrikarbeiter-
verband mit Recht die Vermittlung der Arbeiter für die Selbst-
fabrik der Gewerkschaft verlangt hat, so nehmen wir genau das-
selbe Recht für die Transportarbeiter in Anspruch. Natürlich wollen
wir nicht den größten Teil der frei werdenden Stellen den andern
abnehmen. Im übrigen sind von den in den Gewerkschaften
beschäftigten Arbeitern 50 Proz. aus anderen Organisationen ent-
nommen.

Holl-Waldenburg (Bergarbeiter) beklagt sich darüber, daß
trotz der Maßregelung vieler Bergarbeiter aus dem Grubenbe-
trieb in Schloßen die in den Gewerkschaften frei werdenden Stellen
mit aus Preußen herangeholten Transportarbeitern besetzt wurden,
was eine Vereinhaltung zwischen dem Bergarbeiter- und Transport-
arbeiter-Verband dort geschlossen wurde, deren Abschaffung sich
an anderen Orten empfiehlt, damit ähnliche Mißstände vermieden
werden.

Raffen-Domburg (Metall) fordert entschieden, daß der
Kongressbeschluss von Köln durchgeführt werde und alle in den
Gewerkschaften beschäftigten Arbeiter auch Mitglieder der Gewerks-
schaften werden.

Schumann bemerkt kurz, daß bei Besetzung freier Stellen
selbstverständlich Gewerkschaftsmitglieder den Vorrang genießen
müssen.

Sämtliche drei Anträge werden angenommen,
welches Ergebnis einige Unruhe hervorruft.

Legien: Ich stelle fest, daß durch diese Beschlüsse nicht
etwa bestehende Tarifverträge beeinflusst werden.
Sie bleiben noch wie vor trotz dieser Beschlüsse aufrecht erhalten.
(Weiterleit und Unruhe.)

Vorgänger Leipzig sagt dem hinzu: Ich glaube, der
Kongress kann sich auf den Standpunkt stellen, daß diese Anträge
zum Ausdruck bringen wollen, daß der Transportarbeiterverband
nicht in allen Fällen und ohne jede Ausnahme das Recht für sich
in Anspruch nehmen soll, die Stellen in den Gewerkschaftsbetrieben
zu besetzen. Durch den Vertreter des Transportarbeiterverbandes
ist festgelegt worden, daß dieser Verband insoweit mit der Tendenz
der Anträge ganz einverstanden ist und schon so verfahren wurde,
wenn es sich um Gemeinheitsarbeiten handelte. Einen anderen Sinn
brauchen wir den Anträgen nicht zu geben. Erklärt sich der Kongress
damit einverstanden? (Wiele Rufe: Ja, weniger Rufe: Nein!)

Schumann: Die Erklärung Leipzig kommt post festum.
Er wäre verpflichtet gewesen, vor der Abstimmung zu erklären, wo-
hin die Tendenz der Anträge gehen soll und dann hätte, nach den
Erklärungen unseres Verbandes eine Abstimmung sich erledigt,
wenn sie nur den von ihm angegebenen Zweck gehabt haben
sollten.

Leipzig weist diese Kritik für seinen Teil für diesmal
für die Zukunft zurück und laßt es ab, den Kongress vor einer Ab-
stimmung zu beeinflussen.

Der Generalkommission und allen ihren Unterabteilungen wird
einstimmig Entlastung erteilt.

Es folgt die Beratung über das

Regulativ für das Zusammenwirken der Gewerkschaften Deutschlands.

Das vor dem Kongress veröffentlichte Regulativ legt das Verhält-
nis der Vorstandsvereine dar, die die Gewerkschaften fest und
erstreckt es auf die Regelung von Grenz-
streitigkeiten und auf die Regelung von Umlagen bei
großen Arbeitsläsungen, die über die Kraft der einzelnen
Organisation hinausgehen. — Mit zur Debatte steht der Antrag
der Fabrikarbeiter-Verbands, wonach den Gewerkschaften mit
mehr als 75.000 Mitgliedern in der entsprechenden zu beschließenden
Generalkommission die Vertretung durch ein Mitglied gewährt
werden soll.

Legien begründet die Vorlage, die einer eingehenden Be-
gründung schon deswegen nicht bedürftig, weil sie nur einem auf dem
einzigartigen Kongress gefaßten Beschlusse entspricht. Der Antrag
für das jetzt zu regelnde Zusammenwirken eine Regelung „Ge-
werkschaftsbund“ oder dergleichen zu wählen, folgen wir nicht, weil
bei dem jetzigen Stande der Sozialpolitik der Gewerkschaften
dann einzeln alle diesem Bund angehörigen Verbände zu
politischen Vereinen getrennt würden. Neu sei an der Vor-
lage die Bestimmung eines Zusammenwirkens für die Regelung
von Grenzstreitigkeiten und eventual die Beschlußfassung
darüber, sowie die auf gegenseitige Unterstützung der Streit-
igkeiten, die nicht unbedingt erforderlich. Es kommt auf ihren Inhalt
an. Der Gewerkschaftsbund, der mehr und mehr durch die Kon-
ferenz der Zentralverbände erregt worden ist, soll durch das Regu-
lative beseitigt werden, zumal bei seiner Einsetzung dieselben Ver-
bände maßgebend waren wie jetzt für das Regulativ, das der
Generalkommission auch die Förderung der Bezirkssekretariate zu-
weist. Durch den Kongress werden der Generalkommission neue Ausgaben
entfallen, weshalb die Erhöhung des Beitrags der Gewerkschaften an
die Generalkommission von 4 auf 5 Pf. pro Jahr und Mitglied
erfolgen soll. Das Regulativ behält die bisherige Mitglieder-
zahl der Generalkommission bei. Der Antrag der Fabrikar-
beiter, die Zahl von 13 auf 15 zu erhöhen, wäre an sich abgelehnt.
Über die Konferenz der Vorstandsvereine hat den Antrag abgelehnt.
Die Generalkommission wird vom Gewerkschaftskongress gewählt
und ihre Mitglieder vertreten nicht einzelne Industriezweige oder Ver-
bände, sondern die gesamten Organisationen. Da an die Stelle des
Gewerkschaftsbundes die Konferenz der Vorstände getreten ist,
kann sie auch ein entscheidendes Recht eingeräumt werden, das der
Ausfluß nicht laßt. Es soll die für die Durchführung der Beschlüsse
des Gewerkschaftskongresses erforderlichen Maßnahmen beschließen.
Das ist die allgemeine Seite des Regulativs, das hienächst Ihre
Zustimmung finden wird.

Wauer (General-Kommission) bezieht sich auf die Zahl der
Gewerkschaften, die sich an dem Kongress beteiligen. Die Zahl der
Gewerkschaften, die sich an dem Kongress beteiligen, ist seit 15 Jahren in der
Generalkommission nicht vertreten und empfängt das als eine Zurech-
nung. (Rufe: Und die andern?)

Wauer (General-Kommission) bezieht sich auf die Zahl der
Gewerkschaften, die sich an dem Kongress beteiligen. Die Zahl der
Gewerkschaften, die sich an dem Kongress beteiligen, ist seit 15 Jahren in der
Generalkommission nicht vertreten und empfängt das als eine Zurech-
nung. (Rufe: Und die andern?)

Wauer (General-Kommission) bezieht sich auf die Zahl der
Gewerkschaften, die sich an dem Kongress beteiligen. Die Zahl der
Gewerkschaften, die sich an dem Kongress beteiligen, ist seit 15 Jahren in der
Generalkommission nicht vertreten und empfängt das als eine Zurech-
nung. (Rufe: Und die andern?)

Wauer (General-Kommission) bezieht sich auf die Zahl der
Gewerkschaften, die sich an dem Kongress beteiligen. Die Zahl der
Gewerkschaften, die sich an dem Kongress beteiligen, ist seit 15 Jahren in der
Generalkommission nicht vertreten und empfängt das als eine Zurech-
nung. (Rufe: Und die andern?)

Wauer (General-Kommission) bezieht sich auf die Zahl der
Gewerkschaften, die sich an dem Kongress beteiligen. Die Zahl der
Gewerkschaften, die sich an dem Kongress beteiligen, ist seit 15 Jahren in der
Generalkommission nicht vertreten und empfängt das als eine Zurech-
nung. (Rufe: Und die andern?)

Wauer (General-Kommission) bezieht sich auf die Zahl der
Gewerkschaften, die sich an dem Kongress beteiligen. Die Zahl der
Gewerkschaften, die sich an dem Kongress beteiligen, ist seit 15 Jahren in der
Generalkommission nicht vertreten und empfängt das als eine Zurech-
nung. (Rufe: Und die andern?)

Wauer (General-Kommission) bezieht sich auf die Zahl der
Gewerkschaften, die sich an dem Kongress beteiligen. Die Zahl der
Gewerkschaften, die sich an dem Kongress beteiligen, ist seit 15 Jahren in der
Generalkommission nicht vertreten und empfängt das als eine Zurech-
nung. (Rufe: Und die andern?)

Wauer (General-Kommission) bezieht sich auf die Zahl der
Gewerkschaften, die sich an dem Kongress beteiligen. Die Zahl der
Gewerkschaften, die sich an dem Kongress beteiligen, ist seit 15 Jahren in der
Generalkommission nicht vertreten und empfängt das als eine Zurech-
nung. (Rufe: Und die andern?)

Wauer (General-Kommission) bezieht sich auf die Zahl der
Gewerkschaften, die sich an dem Kongress beteiligen. Die Zahl der
Gewerkschaften, die sich an dem Kongress beteiligen, ist seit 15 Jahren in der
Generalkommission nicht vertreten und empfängt das als eine Zurech-
nung. (Rufe: Und die andern?)

Wauer (General-Kommission) bezieht sich auf die Zahl der
Gewerkschaften, die sich an dem Kongress beteiligen. Die Zahl der
Gewerkschaften, die sich an dem Kongress beteiligen, ist seit 15 Jahren in der
Generalkommission nicht vertreten und empfängt das als eine Zurech-
nung. (Rufe: Und die andern?)

Wauer (General-Kommission) bezieht sich auf die Zahl der
Gewerkschaften, die sich an dem Kongress beteiligen. Die Zahl der
Gewerkschaften, die sich an dem Kongress beteiligen, ist seit 15 Jahren in der
Generalkommission nicht vertreten und empfängt das als eine Zurech-
nung. (Rufe: Und die andern?)

Wauer (General-Kommission) bezieht sich auf die Zahl der
Gewerkschaften, die sich an dem Kongress beteiligen. Die Zahl der
Gewerkschaften, die sich an dem Kongress beteiligen, ist seit 15 Jahren in der
Generalkommission nicht vertreten und empfängt das als eine Zurech-
nung. (Rufe: Und die andern?)

Wauer (General-Kommission) bezieht sich auf die Zahl der
Gewerkschaften, die sich an dem Kongress beteiligen. Die Zahl der
Gewerkschaften, die sich an dem Kongress beteiligen, ist seit 15 Jahren in der
Generalkommission nicht vertreten und empfängt das als eine Zurech-
nung. (Rufe: Und die andern?)

Wauer (General-Kommission) bezieht sich auf die Zahl der
Gewerkschaften, die sich an dem Kongress beteiligen. Die Zahl der
Gewerkschaften, die sich an dem Kongress beteiligen, ist seit 15 Jahren in der
Generalkommission nicht vertreten und empfängt das als eine Zurech-
nung. (Rufe: Und die andern?)

